Schreiendes Wohnungselend Seite 8

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 4 14. Februar 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

China durchkreuzt Komplott der Supermächte!

NIXON-BESUCH IN PEKING

Heroischer Kampf des irischen Volkes: RACHE FÜR DEN BLUTSONNTAG

Es war nackter, kaltblütiger Mord, als am Sonntag, den 30.1.72 britische Fallschirmjäger in der nordirischen Stadt Londonderry in eine demonstrierende Menge schossen und dreizehn Menschen töteten. Uns erinnert dieses Verbrechen an Berlin, wo am 1.Mai 1929 der SPD-Polizeipräsident Zörgiebel in eine Arbeiterdemonstration schießen ließ und über dreißig Menschen getötet wurden. Nur einen Unterschied gibt es zu damals: Heute wird zurückgeschossen!

Die Völker der Welt und auch das Proletariat der Industriestaaten sind nicht mehr bereit, die Unterdrückung durch die Imperialisten und die Monopolbourgeoisie länger tatenlos hinzunehmen. Sie haben den Kampf um ihre endgültige Befreiung aufgenommen und werden ihn siegreich zu Ende führen.

Bereits zwei Tage später wurde in Belfast ein Besatzer getötet, zahlreiche Bombenanschläge auf britische Einrichtungen erfolgten. So konnte der brutale Mord der britischen Besatzer nur die Kampfentschlossenheit der nordirischen Bevölkerung erhöhen. Jede neue Unterdrückungsmaßnahme bringt nur den Tag näher, an dem das

Dem Wunsch der USA-Regierung entsprechend, hat die Volksrepublik China USA-Präsident Nixon zu einem Besuch in die VR China eingeladen, der in diesem Monat stattfinden wird. Die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Lakaien benutzen dieses Ereignis, um mit wütendem Haß und wüster Hetze gegen die VR China zu Felde zu ziehen. In dem sie behaupten: „Die Pekinger Führer um Mao Tse-tung sind aus der Rolle des objektiven Zutreibers für den Imperialismus herausgetreten und zum abgestimmten Zusammenspiel mit der Hauptkraft der Weltreaktion – der USA-Monopoldiktatur – übergegangen“ („Neues Deutschland“ v. 22. 1. 72), versuchen sie Mißtrauen und Zwietracht zwischen der Volksrepublik China, – dem Zentrum der Weltrevolution – und den um ihre Freiheit gegen den Imperialismus kämpfenden revolutionären Völkern zu sähen. Sie sind in der Rolle des Diebes, den man ertappt hat, und der jetzt Zeter und Mordio und „haltet den Dieb“ schreit.

Wer treibt denn seit über einem Jahrzehnt offen und versteckt das Spiel der direkten Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus? Die sowjetischen Sozialimperialisten! Zu Lasten der Völker haben sie Abkommen geschlossen, wie beispielsweise den Atomwaffensperrvertrag, der zur Erpressung der ‚atomaren Habenichtse‘ dient, der dazu dient, die Herrschaft der zwei Supermächte zu sichern.

Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Nachbeter im „Neuen Deutschland“ der SED und in der UZ, der Zeitung der DKP, jetzt zetern und von einem „Zusammenspiel mit der Hauptkraft der Weltreaktion“ oder einem „Flirt mit Nixon“ sprechen, so wollen wir sie daran erinnern, was sie früher schrieben. Halten wir erst einmal die Tatsache fest, daß nicht Tschou Enlai nach Washington fahren, sondern das Nixon nach Peking kommt. Umgekehrt dagegen konnten sich Chruschtschow und später Kossygin nicht genug tun ihren amerikanischen Busenfreunden in den Hintern zu kriechen. Wer pries Eisenhower begeistert als „großen Menschen“, der „die große Politik versteht“? Chruschtschow am 17. 9. 1959 in New York. Wer verbreitete sich enthusiastisch, daß „Präsident Kennedy sich der großen Verantwortung bewußt ist, die auf den Regierungen zweier so mächtiger Staaten ruht?“ Der sowjetische Rundfunk in einer Rede Chruschtschows am 15.6.1961. Derselbe Kennedy, der systematisch den Völkermord in Vietnam vorbereitet und ausgelöst hat, derselbe Kennedy der durch seinen Geheimdienst Fidel Castro ermorden lassen wollte.

Hat man je aus dem Munde Tschou En-lais oder Mao Tse-tungs gehört oder in der chinesischen Presse gelesen, daß Nixon „ein grosser Mensch“ oder verantwortungsbewußter Politiker sei? Im Gegenteil, an der Einschätzung des USA-Imperialismus als den Hauptfeind der Völker hat sich in der Volksrepublik China nicht das geringste geändert. Alles Gerede von einer „Abschwächung“ der konsequent antiimperialistischen Haltung der Volksrepublik China entbehrt jeder Grundlage. Tschou En-lai fordert im Gegenteil den Abzug aller ausländischen Truppen aus ganz Süd-Ost-Asien. Und der Vizepräsident der „New York Times“ erklärte: „Präsident Nixon sollte keine Zugeständnisse der Volksrepublik China erwarten“!

Natürlich wird Tschou En-lai nicht, wenn er Nixon die Hand schüttelt, sagen: Guten Tag sie Völkermörder, ebensowenig wie Molotow anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 den Naziaußenminister Ribbentrop zuprostete: auf ihr Wohl sie Nazischwein. Eine Einladung, der Besuch Nixons in der VR China besagt gar nichts. Nur wenn sie dem Zweck eines Komplotts gegen die Unabhängigkeit von Ländern, dem Befreiungskampf von Nationen gerichtet ist. Das Gegenteil ist der Fall. Während dagegen die sowjetischen Sozialimperialisten zahlreiche Komplotte mit dem USA-Imperialismus gegen den Freiheitskampf der Völker nach dem Motto: Laß du mir mein Vietnam, dann laß ich dir deine Tschechoslowakei, schmiedeten.

Der Gipfel der Heuchelei ist es, wenn das „Neue Deutschland“ schreibt: „Während die Soldaten der DRV-Luftverteidigung den Gangstern in USA-Pilotenkanzeln eine vernichtende Abfuhr erteilen, betreibt Peking ein Komplott auf Kosten der Völker Indochinas“. Stellen wir doch einmal die Gegenfrage: Wo waren die sowjetischen Sozialimperialisten als anläßlich der USA-Provokation im Golf von Tonking die USA mit tausenden Bombern über das sozialistische Bruderland die Demokratische Republik Vietnam herfielen und Tod und Vernichtung sähten? Wo waren da ihre tausende Mig, um die USA-Gangster

“Wir werden jeden britischen Soldaten abschießen, der vor unsere Gewehre läuft. Wir kennen nur soviel Gnade, wie sie am Sonntag zeigten, und das ist sehr, sehr wenig”, das war die Antwort der IRA, der illegalen Irischen Republikanischen Armee, die sich bei ihrem Kampf gegen den britischen Imperialismus und seine Lakaien wie Brian Faulkner (nordirischer Ministerpräsident) im Volk bewegen können, wie die ‘Fische im Wasser’.

Und den Worten folgten die Taten. Volk gemeinsam die Besatzermacht verjagen und die Volksmacht errichten wird.

Aber noch etwas zeigt uns der Befreiungskampf der nordirischen Bevölkerung: die Lächerlichkeit des Arguments der DKP-Revisionisten, die behaupten, man könne die herrschende Klasse mit friedlichen Mitteln zum Rücktritt zwingen. Was man nicht niederschlägt, fällt nicht. Und: Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!**



Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!

Das chinesische Volk wird jeden Angriff siegreich zurückschlagen. Das Bild zeigt Angehörige der Volksmiliz bei einer Demonstration gegen den US-Imperialismus.

China durchkreuzt das Komplott der Supermächte!

Fortsetzung von Seite 1

vom Himmel zu holen? Die standen gut gepflegt in den sowjetischen Hangars. Die VR Chinas aber, die in ihrer militärtechnischen Ausrüstung mit modernsten Waffen nicht so hochgerüstet war, wollte man zum direkten offenen Eingreifen in den Vietnamkrieg veranlsssen. Wie die Westmächte 1938/39 versuchten, Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion zu hetzen, um sich als lachende Dritte die Hände zu reiben, so versuchten die Herren im Kreml die VR China in den offenen Krieg gegen den USA-Imperialismus zu treiben (man mokierte sich im sowjetischen Rundfunk, warum denn die Volksrepublik nicht Taiwan angreife), um in einem durch den Krieg geschwächten China ihre revisionistische Herrschaft errichten zu können.

Die Rechnung ging nicht auf. Die VR China ließ sich nicht provozieren. Sie lieferte dem kämpfenden vietnamesischen Brüdervölkernmehr und wirksamere Wirtschafts- und Waffenhilfe als die Sowjetunion, die den vietnamesischen Kämpfer nicht ihre modernsten sondern nur Waffen zweiter Wahl lieferten. Und während die USA-Imperialisten und die Sowjetrevisionisten überall auf der Welt, sei es im Nahen Osten bei der Unterstützung des Rogers-Planes, der den Zionisten die geraubten Gebiete beläßt oder in Indonesien, wo man dem Faschisten Suharto gemeinsam Waffen lieferte, gemeinsames Spiel trieben, unterstützte die VR China überall auf der Welt den Freiheitskampf der unterdrückten Nationen.

Als die neuen Zaren im Kreml erkennen mußten, daß es ihnen nicht gelingen würde die VR China in einen bewaffneten Konflickt mit dem USA-Imperialismus zu treiben, änderten sie selbst ihre Taktik. Sie wurden zum offenen Aggressor. Seit 1959 schon hatten sie die indischen Reaktionäre bei ihren Provokatio-tionalen Bewegung, immer und überall, in allen einzelnen konkreten Fällen unterstützen muß. Es handelt sich um die Unterstützung der nationalen Bewegungen, die auf die Schwächung, auf den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung und Erhaltung gerichtet sind." (Stalin: Fragen des Leninismus).

War das aber in Ost-Pakistan der Fall, war die sogenannte Befreiungsbewegung der „Mukti Bahini" gegen den Imperialismus gerichtet? Das Gegenteil war der Fall. Wer bisher noch Zweifel gehabt haben sollte, wurde kurz nach der Entlassung Scheikh Mujibur Rhamans, des heutigen Ministerpräsidenten in Ost-Pakistan, aus der Haft eines besseren belehrt. Mujib hatte nichts eiligeres zu tun, noch bevor er in seine Heimat zurückkehrte, zu seinen Freunden, den britischen Imperialisten nach London zu fahren, um sich dort für die gewährte Unterstützung zu bedanken und zu beraten, wie man das Land wieder dem Machtbereich des britischen Imperialismus des Commonwealth einverleiben könnte. Also diente die ganze sogenannte Befreiungsbewegung nur der Festigung und Erhaltung des Imperialismus nicht aber seiner Beseitigung. Und die sowjetischen Sozialimperialisten mischten kräftig mit und machten, wie schon in Biafra mit dem britischen Imperialisten gemeinsame Sache, wobei sie gleichzeitig um die Beute konkurrieren. Sie versuchen, durch die Unterstützung der indischen Reaktionäre diese in immer größere Abhängigkeit zu bringen und sie gleichzeitig — mit der sowjetischen Beistandsverpflichtung im Rücken — als Aggressionsinstrument gegen die VR China zu benutzen.

Die Sowjetunion ist heute — nachdem ihre Herrscher den Marxismus-Leninismus völlig verraten haben und eine kapitalistische Klasse ten. Dazu werden die übelsten Lügen verbreitet wie z.B. in der 'Literaturnaja Gazeta', die behauptet, die USA hätten die chinesische Regierung konsultiert, bevor sie den Befehl zur Wiederaufnahme der Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam gaben. In den Kinos laufen Hetzfilme wie 'Nacht über China'. Der Film zeigt einen chinesischen Techniker von gemeinem Aussehen, der von einem großmütigen russischen Meister den Motorenbau lernt, später mit diesem Wissen in China Panzer konstruiert, die seinen einstigen russischen Meister zu Tode walzen. Darüberhinaus mehrt sich zur Zeit in der sowjetischen und der Agitation der Warschauer-Pakt-Staaten bezüglich der Volksrepublik China die Formel, nach der die 'dringliche Frage' der 'Einheit des sozialistischen Lagers aufgeworfen wird. Das aber heißt nichts anderes als der Versuch, die Breschnew-Doktrin, die den sowjetischen Sozialimperialisten als Begründung für ihren Überfall auf die CSSR diente, auch auf die VR China anzuwenden.

*

Die Sowjetrevisionisten handeln nach der Logik aller Imperialisten, die versuchen, ihre inneren Krisen und Schwierigkeiten durch die Flucht in den Krieg zu lösen. Und die inneren Schwierigkeiten in der Sowjetunion, der Widerstand gegen die neue Bourgeoisie wachsen ständig. Die Westpresse berichtet nur über den Widerstand einiger bürgerlicher Intellektueller, während sie den zunehmenden Widerstand des Proletariats verschweigt. Allein 3000 Verhaftungen sowjetischer Werktätiger erfolgten - wie aus Sendungen russischer Sender hervorging - in den letzten Wochen. Wie auch in der CSSR werden in der Sowjetunion Nacht für Nacht von Marxisten-Leninisten sozialistische Losungen gemalt und Flugblätter verbreitet. Die marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen in der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer

HONNECKERs EINSTAND FÜR PRAG

Für die letzte Januarwoche hatten die Kreml-Führer ihre 'Verbündeten' des Warschauer Paktes ausgerechnet nach Prag zusammengetrommelt. In Vorbereitung dieser Konferenz war wieder einmal SED-Chef Honecker besonders rührig. Honecker, der sich auch vor drei Jahren durch seine Unterstüzung der Agression seitens der sowjetischen Sozialimperialisten gegen die Tschechoslowakei als Moskaus Musterknabe erwiesen hatte, bewies aufs neue seine Fähigkeiten, bei den Kreml-Führern lieb Kind zu spielen.

Eine Flut von Artikeln in den DDR-Zeitungen, die vom SED-Chef persönlich eingeleitet wurde, verdeutlichte das Wesen der Prager Zusammenkunft: den Versuch Moskaus, sein Imperium der Warschauer-Pakt-Staaten zum Schlag gegen den Marxismus-Leninismus und dessen Zentrum, die Volksrepublik China, auszurichten.

Am 16.1. schreibt Honecker im 'Neuen Deutschland': 'Wir verurteilen entschieden die politisch-ideologische Strömung des Maoismus.' Vergebens wartet man jedoch darauf, was sich denn Herr Honecker nur unter 'Maoismus' vorstellen mag. In der nächsten Lektion am 22.1. folgt dann die Erklärung: Die 'Schreibereien Mao Tse-tungs' werden kurz und bündig als 'Banalitäten und Vulgarisierung des dialektischen Materialismus' abgetan.

der Angriff der sowjetischen Renegaten gegen den Marxismus, den Leninismus und gegen seine Weiterentwicklung, die Maotsetungideen, bisher jeglicher Grundlage entbehrte. Da die marxistisch-leninistischen Kräfte jedoch weltweit im Vormarsch sind, da die 'Strömung des Maoismus', (wie Honecker umständlich, verketzernd und verniedlichend sagt) zu einem reißenden revolutionären Strom anschwillt, erheben die modernen Revisionisten, mit der Sowjetunion an der Spitze, ein großes Geschrei und versinken doch nur immer tiefer im Sumpf, indem sie versuchen, sich eine neue Theorie des Revisionismus zusammenzubosseln.

Sie müssen erkennen, daß die Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder von Tag zu Tag mehr die Maotsetungideen verstehen und anzuwenden lernen. Natürlich müssen diejenigen, die in dem sowjetischen Imperium die Führung an sich gerissen haben und die Verbindung zum Volk ein für allemal verloren haben, Angst vor den Volksmassen bekommen, da diese sie doch - mit den 'banalen' und 'vulgären' Maotsetung-Ideen gewappnet - vom Thron stürzen werden.

Deshalb versuchen uns die Revisionisten zu täuschen: Wenn die Prinzipien des Marxismus-Leninismus für das Volk verständlich erläutert werden, bezeichnen sie das als 'banal', und wenn diese von den Massen aufgenommen

nen gegen die VR China offen unterstützt, jetzt im Frühjahr 1969 provozierten sie selbst einen bewaffneten Überfall am Grenzfluß Ussuri, bei dem hunderte chinesischer Menschen den Tod fanden. Sie begannen durch eine verstärkte Rassenhetze, indem sie wie die alten Zaren von der „gelben Gefahr" oder wie Hitler von „Untermenschen" sprachen, die Bevölkerung der Sowjetunion auf einen Krieg gegen die Volksrepublik China vorzubereiten. Sie begannen mit ihrer Einkreispolitik.

Um die Volksrepublik China einzukreisen waren sie bereit sich mit jedweden Reaktionären, wie beispielsweise dem kambodschanischen Regierungschef Lo Nol, der mit USA-Unterstützung einen Kampf gegen das kambodschanische Volk führt, einzulassen. Am 15. August vergangenen Jahres schlossen sie mit den indischen Reaktionären ein Abkommen, das sich direkt gegen die VR China wendet. Jeder kennt die Aggressivität der indischen Reaktionäre, die bisher nicht nur zahlreiche Grenzprovokationen gegen die VR China begingen, sondern die auch offen und brutal in einem nackten durch nichts zu beschönigenden Angriffskrieg Pakistan überfielen. Bei diesem Überfall wurden sie aktiv von den sowjetischen Sozialimperialisten unterstützt. Wenn die Sowjetrevisionisten diese direkte Unterstützung eines Angriffskrieges auf ein anderes Land damit zu begründen versuchen, sie wollten damit die nationale Befreiungsbewegung in Ostpakistan unterstützen, so hätten sie besser einmal bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus nachlesen sollen, was diese zu diesem Thema sagen:

Natürlich ist es notwendig, das ein sozialistisches Land, „daß das Proletariat die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten und abhängigen Völker unterstützen, entschieden und aktiv unterstützen muß. — Das bedeutet natürlich nicht, daß das Proletariat jede na-

ben und eine kapitalistische Klasse sich etablierte — eine imperialistische Supermacht, die wie der USA-Imperialismus, zahlreiche Militärstützpunkte im Ausland unterhält, Ihre Truppen sind in anderen Staaten zur Unterdrückung der dortigen Bevölkerung und zur Absicherung ihrer Einflußbereiche stationiert. Schon seit längerer Zeit kreuzt die Sowjet-Flotte im Mittelmeer, jetzt dringen die Sozialimperialisten — wie die USA-Imperialisten — in den indischen Ozean ein. In der letzten Zeit haben sie ihre Flottenpräsenz dort verdoppelt. Indien räumte der Sowjetunion seetechnische Einrichtungen auf den Andaman- und Nikobar-Inseln ein. In Visakhapatnam ist ein sowjetisches Versorgungsdepot und eine Ausbildungsstätte errichtet worden. Mauritius gewährte Moskau ähnliche maritime Erleichterungen und Landrechte für die sowjetische Zivilluftfahrt.

Die ganze Außenpolitik der sowjetischen Sozialimperialisten ist gegen die VR China gerichtet. Während sich die neuen Zaren im Kreml durch ihre Verträge mit dem westdeutschen Imperialismus Rückenfreiheit zu schaffen versuchen, umwerben sie jetzt in immer stärkeren Maße die japanischen Imperialisten und bieten ihnen einen „Friedensvertrag" und alle möglichen wirtschaftlichen Zugeständnisse, wie die Teilnahme an der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens an. Zur gleichen Zeit verstärken sie unter völliger Mißachtung der Souveränität der Mongolischen Volksrepublik ihren militärischen Aufmarsch an der Grenze zu China. Allein 49 sowjetische Divisionen mit über einer Million Soldaten — mehr als im Gebiet des Warschauer Paktes und in Westrußland stehen — sind an der Grenze zu China stationiert. Schweres Kriegsmaterial Artillerie, Panzer, Atomraketen stehen zum Einsatz gegen die VR China bereit.

Gleichzeitig versucht man, die eigene Bevölkerung psychologisch auf einen Krieg gegen die Volksrepublik China vorzuberei-

und den Staaten des Warschauer Paktes verstärken zunehmend ihren illegalen Widerstand.

Für die neuen Zaren im Kreml sind allein die Existenz eines großen sozialistischen China, aber auch des kleinen heroischen Albanien eine ungeheure Bedrohung ihrer Herrschaft. Verbreiten doch diese Länder korrekt die Lehre des Marxismus, des Leninismus und die Maotsetungideen und geben sie durch ihr Beispiel des Aufbaus des Sozialismus in ihren Ländern den Völkern der Welt Kraft auf dem Weg der Revolution mutig vorwärts zu schreiten. Die Weltlage ist gekennzeichnet vom zunehmenden revolutionären Kampf der unterdrückten Völker gegen die Herrschaft der Imperialisten und ihrer Lakaien und des Proletariats der Industriestaaten gegen die Herrschaft der Monopol-Bourgeoisie. Gleichzeitig wachsen und verschärfen sich die Widersprüche der Imperialisten untereinander. Während sie einerseits - wie die zwei Supermächte - miteinander kollaborieren, geraten sie gleichzeitig im Kampf um die Märkte und Einflußbereiche in Widerspruch zueinander. Das heißt, die Haupttendenz in der Welt ist Revolution, gleichzeitig aber bleibt die Gefahr neuer Kriege noch immer bestehen. Die Volksrepublik China ist als sozialistischer Staat verpflichtet, sich auf diese Situation, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus folgend, einzustellen. Das heißt, einerseits muß sie den Freiheitskampf der Völker, die revolutionären Kämpfe in aller Welt unterstützen. In ihrer Außenpolitik muß sie bestrebt sein, alle anti-imperialistischen Kräfte zu einigen. Gleichzeitig aber muß sie bestrebt sein, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten auszunutzen, muß sie sich auf den Krieg vorbereiten und so verhindern, das Opfer einer imperialistischen Aggression zu werden.

Doch das scheint der Verfasser ganz einfach so im Gefühl zu haben! Denn es ist kein einziges Wort darüber zu finden, wie er zu dieser Behauptung gelangen konnte. Doch es geht noch weiter: Herr Konstantinow, Präsident der Gesellschaft für Philosophie der Sowjetunion, beklagt die bisher allzu mageren Ergebnisse der sowjetischen Philosophen und fordert, damit zu beginnen, die 'Verfälschung des Marxismus durch den Maoismus einer tiefgreifenden positiven Bearbeitung zu unterziehen', denn dies 'wäre eine Grundlage für die Kritik am Maoismus'.

Hier hat er die Katze aus dem Sack gelassen: Aus 'berufenem' Munde hören wir, daß je-

werden, nennen sie das 'vulgär'.

Sie beginnen zu spüren, daß die Volksmassen überall in der Welt eben nicht rückständig und dumm, sondern wahrhaft revolutionär sind. Und das ist der wahre Grund dafür, daß Honecker abschließend sagt: 'Darum ist die Auseinandersetzung mit dem Maoismus unumgänglich und dringend geboten'!

Honecker versucht, im Schatten der sowjetischen Sozialimperialisten mit allen Mitteln die revolutionären Kräfte aufzuhalten und zurückzudrängen. Doch das erweist sich als Sisyphus-Arbeit, denn **die Haupttendenz in der Welt ist Revolution!**

Sollten aber die sowjetischen Sozialimperialisten so wahnsinnig sein, die VR China anzugreifen, so kann und wird das nur ihren Untergang beschleunigen. Sie würden in einem Meer des Volkskrieges ertrinken. Für uns aber gilt, wie es in unserem Lied "Wir schützen das Rote China" heißt:

***

Die Panzer läßt Breschnew rollen,
Nixons Bomber stehn in Da Nang.
Was beide sehnlichst wollen,
ist Volkschinas Untergang.

Und richten sie die Gewehre
gegen die Volksrepublik,
dann rüsten Rote Heere
und brechen ihnen das Genick!

Es schwören die Rotgardisten
den Nixon, Breschnew und Brandt:
Unsere Antwort als Kommunisten
Klassenkampf im eigenen Land!

Wollt ihr die Gewehre laden,
zieht ihr gegen China ins Feld,
stehn wir auf Barrikaden
mit allen Völkern der Welt!

***

ROTER MORGEN

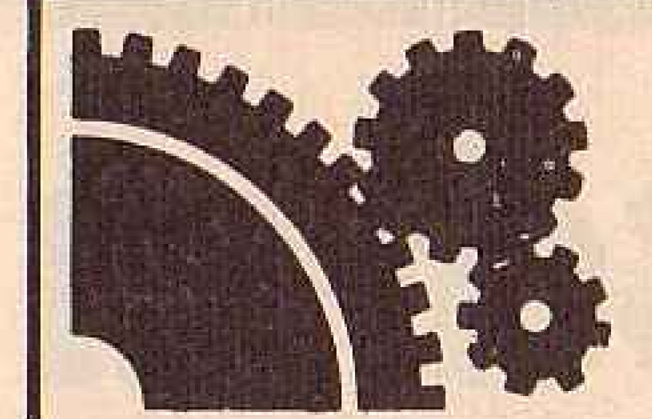
Zentralorgan der

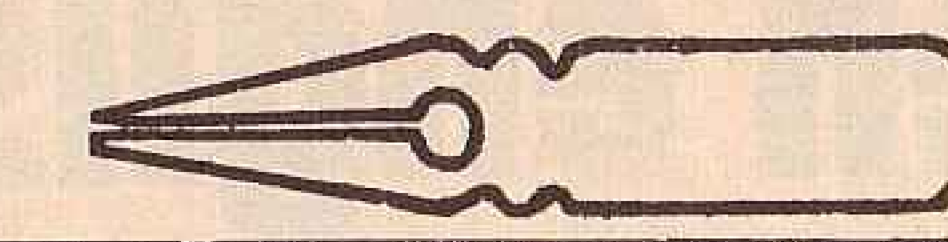
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag Roter Morgen GmbH, Westberlin. Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg. Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: Roter Morgen GmbH, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheck Kto. Nr. 262767; erscheint alle vierzehn Tage montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland 11,— DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschl. Porto. Ausland 11,— DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzügl. Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser oben stehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT





Arbeiterkorrespondenz

Wie die Neo-Nazis Angst vor dem ROTEN MORGEN haben

Seit einigen Monaten verkaufte ein Kollege auf einer Baustelle der Firma Xaver Riebel, Mindelheim, an interessierte Kollegen den Roten Morgen.

Auch der Bauführer der Baustelle zeigte Interesse für den RM und kaufte ihn regelmäßig. Einmal erzählte er den Kollegen, daß er den RM im Büro liegengelassen habe, woraufhin 'die die Nase hochgezogen haben'. Auch sonst zeigte er sich den Arbeitern gegenüber ganz leger.

Doch bei einer Schlechtwettersauferei in der Bauhütte ließ er seine arbeiterfreundliche Maske fallen und zeigte sein faschistisches Gesicht. Im Rausch zog er gegen die 'vaterlands-verräterischen', drekkigen Kommunisten' her. Den RM-Verkäufer beschimpfte er als Chinesenschwein, der 'uns an die Chinesen verkauft' und sicherte ihm zu, daß man ihn einmal als ersten aufhängen werde.

Einem Kollegen gegenüber ließ der Bauführer fallen, daß einige auf der Abschußliste ständen, vor allem der RM-Verkäufer. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Baufuh-

GESCHICHTE DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

Erscheint auf Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens



'Mit der Herausgabe ihrer Geschichte drückt die Partei der Arbeit Albaniens den Kommunisten und werktätigen Massen ihres Landes eine starke politische und ideologische Waffe in die Hand. Auf diese Geschichte können sie mit vollem Recht stolz sein. Die Geschichte der Partei wird ihnen neue, glänzende Horizonte und Perspektiven eröffnen. Sie wird die Kommunisten und das Volk noch tiefer mit den großen marxistisch-leninistischen Ideen der Partei erfüllen, sie noch mehr stärken und begeistern im Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus, für die Erstürmung aller Festungen und

HEXENJAGD
auf fortschrittliche Lehrer

Bundesregierung und Länder machen einen neuen Schritt in Richtung Faschisierung, in Richtung Polizeistaat.

ausgefunden werden, ob diese Staatsangestellten auch wirklich restlos gefügige Werkzeuge der Ausbeuterklasse sind. Und für den Fall, daß es zum Beispiel ein Lehrer wagen sollte, sich gegen die Ausbeuterordnung oder auch nur gegen bestimmte Mißstände auszusprechen, wird ihm mit Entlassung gedroht oder er wird garnicht erst eingestellt, obwohl er jahrelang für diesen Beruf ausgebildet worden ist.

Richtet sich diese reaktionäre Maßnahme der Bonner Regierung (sowie der CDU- und SPD-regierten Länder) etwa nur gegen Kommunisten? Nein! Schon deshalb nicht, weil die Zahl der wirklichen Kommunisten unter den Lehrern gegenwärtig noch sehr gering ist. Die allermeisten der fortschrittlich eingestellten Lehrer glauben noch an einen Weg von Reformen, von kleinen Verbesserungen, die die Ausbeuter-Ordnung nicht verändern können. Auch gegen diese Lehrer richtet sich der reaktionäre Regierungsbeschluß. Er ist deshalb eine Bankrotterklärung, ein Zeichen tiefer Schwäche der Kapitalistenklasse: Sie nähern sich immer mehr einer für sie ausweglosen Krise, sodaß sie sich noch nicht einmal die gemäßigten Proteste der demokratischen Lehrer leisten können. Sodaß sie versuchen, selbst die geringste Op-

gleich nach 1945 aufs engste mit dem USA-Geheimdienst zusammengearbeitet haben. Dieselben SPD-Führer, die heute, wo sie in Bonn an der Regierung sind, führende Nazis und Kriegsverbrecher im Staatsdienst haben.

Doch zwischen den 50ger Jahren und heute gibt es einen entscheidenden Unterschied. Damals konnten die Kapitalisten ihre Herrschaft vorübergehend stabilisieren und mit reaktionären Maßnahmen, wie schließlich dem KPD-Verbot für ein paar Jahre Friedhofsruhe in ihrem Ausbeuterstaat herstellen. Heute ist das anders. Heute rutscht das Kapital in eine Krise und an allen Fronten wächst der Kampf der Massen. Mit reaktionären Maßnahmen, wie Gesinnungsterror gegen Lehrer und Staatsangestellte, läßt sich der Gang der Geschichte nicht aufhalten: Erstens sind die Lehrer nicht die entscheidende Kraft, sondern die Arbeiterklasse: die Arbeiter haben keine kleineren Vorteile, keine etwas angenehmere Stellung; sie haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Zweitens ist auch die Zahl der fortschrittlichen Lehrer heute schon so groß, daß die Einschüchterungsversuche der Regierung nicht mehr viel ausrichten kann. Im Gegenteil: Viele dieser oppositionellen Lehrer, die bisher

rer mit dem Oberbauführer der Firma Riebel, einem ehemaligen SS-Mann, der in der ganzen Firma als brutaler Oberantreiber berüchtigt ist, zusammenspielte. Denn bald darauf wurden die ersten der Baustelle entlassen, Kollegen, die mit dem RM-Verkäufer zusammengearbeitet haben und am meisten aufmuckten. Man befürchtete scheinbar die Entstehung einer kommunistischen 'Verschwörung', die es im Keime zu ersticken galt. Den Neonazis konnte es freilich nicht passen, wenn auf der Baustelle statt 'Die Fahne hoch' oder 'Die Roten haben wir geschlagen', die 'Internationale' oder das Lied der internationalen Brigaden gesungen wird. Die Kündigungen gegen die RM-Leser und Sympathisanten wurden fadenscheinig begründet (z.B. 'wegen ungenügender Arbeitsleistung'). Der RM-Verkäufer, ein älterer Facharbeiter, wurde wegen 'Arbeitsmangel' entlassen. Das rief bei den Kollegen Bestürzung und Haß gegen die neofaschistischen Antreiber hervor.

Was zeigt das alles? Es zeigt die Angst der Kapitalisten und ihrer neofaschistischen Handlanger vor dem Roten Morgen! Es zeigt, daß sie die Einheit der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei, der KPD/Marxisten-Leninisten, fürchten wie der Teufel das Weihwasser! Noch fühlen sie sich stark und glauben, mit dem 'kommunistischen Gesindel' fertig werden zu können. Aber jeder Stein, den sie erheben, fällt auf ihre eigenen Füße. Und noch eins zeigt das: Die Redaktion des RM muß sich bewußt sein, daß Arbeiter, die den RM lesen, schon heute ihren Arbeitsplatz riskieren. Daß sie ihn trotzdem lesen und sich nicht einschüchtern lassen, zeigt, daß der RM das Vertrauen der Kollegen zu gewinnen beginnt. Die Redaktion darf dieses Vertrauen nie enttäuschen und muß immer mehr ihre ganze Kraft dafür einsetzen, den RM immer zu verbessern und immer mehr zur Zeitung der Arbeiterklasse zu machen!

ROT FRONT!

des Marxismus-Leninismus, für die Erstürmung aller Festungen und die Erzielung neuer, großartiger Erfolge beim vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und des Kommunismus.'

ENVER HOXHA

Nach der Jagd auf eine Handvoll Anarchisten und auf liberale Professoren und Journalisten, die angeblich die Baader-Meinhoff-Gruppe unterstützen sollen, sind nun ein großer Teil der Lehrer und anderer Staatsangestellter an der Reihe. Alle beim Staat Beschäftigten sollen 'durchleuchtet' werden, das heißt ihr Privatleben, ihre politische Einstellung, die den staatlichen 'Arbeitgeber' absolut nichts angeht, soll 'überprüft' werden. Damit soll herchen, selbst die geringste Opposition gegen ihre überholte Herrschaft brutal zu unterdrücken. Aber damit schneiden sich die Kapitalisten ins eigene Fleisch, damit schaffen sie nur neue Widersprüche, erzeugen sie neuen, stärkeren Widerstand.

Übrigens ist die Verfolgung fortschrittlicher Staatsangestellter nichts Neues in diesem Staat. Abgesehen von der Nazi-Zeit gab es das auch schon in der Bundesrepublik, und zwar Anfang der 50ger Jahre. Damals wurden alle Kommunisten aus dem Staatsdienst entlassen. Aber nicht nur sie. Auch die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, also jene, die sich immer am entschiedensten für die Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt hatten, die im Kampf gegen den Hitler-Faschismus die größten Opfer gebracht hatten, auch sie wurden entlassen. Und wer hat damals dieses schmutzige Geschäft besorgt? Es waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Erfinder der 'Mitbestimmung' von Böckler bis Brenner, die noch an die Möglichkeit von 'Reformen' geglaubt haben, werden nun lernen, daß der 'lange Marsch durch die Institutionen' ein reformistischer Holzweg ist, daß man sich keine Illusionen über eine 'revolutionäre Berufspraxis' als Beamter machen darf, daß es also nur einen realistischen Weg gibt: Unterstützung der marxistisch-leninistischen Partei und gewaltstame Revolution unter Führung der Arbeiterklasse.

Für die reaktionären Beschlüsse der Regierung, wie für alle Maßnahmen der Imperialisten, aber gilt:

" 'Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße' So kennzeichnet ein chinesisches Sprichwort das Verhalten gewisser Toren. Die Reaktionäre aller Länder sind solche Toren. Wie sehr sie auch die revolutionären Volksmassen verfolgen, so fördern sie letzten Endes damit nur die Revolution des Volkes, die dann noch umfassender und noch erbitterter wird." (Mao Tsetung)

****

Portugal: Waffenlager in die Luft gesprengt

Eine Gruppe, die den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Regime führt, hat ein Waffenlager im Hafen von Lissabon in die Luft gejagt. Die Waffen waren für den Kolonialkrieg in Afrika, zur Unterdrückung der Bevölkerung von Mocambique bestimmt.

Spanien: Kapitalist entführt – entlassene Arbeiter wieder eingestellt

Im Baskenland, Nordspanien, hat die Befreiungsorganisation ETA den Kapitalisten Zaballa, Besitzer einer Motorteilefabrik auf offener Straße, vor den Toren seiner Fabrik, gefangen und entführt. Dieser Ausbeuter hatte zuvor 183 Arbeiter entlassen und jede Lohnerhöhung verweigert, trotz des ständigen Lohnraubs durch die Preissteigerungen. Nun muß er die Entlassungen zurücknehmen und auch eine Lohnerhöhung zugestehen. Auch den Lohnausfall durch den Streik muß er zur Hälfte erstatten. Das ist das erste Mal, daß ein spanischer Kapitalist gezwungen werden konnte, Löhne für streikende Arbeiter zu zahlen.

Was meinen wohl die westdeutschen Kapitalisten zu dieser Aktion spanischer Revolutionäre? Die FAZ, eine ihrer Zeitungen, schreibt: „die neueste baskische Episode kann man aus der Ferne nur mit Unbehagen verfolgen." „Sollte das Beispiel Schule machen, müßten bald auch europäische Unternehmer wie in Südamerika ihre Häuser mit zuchthaushohen Mauern umgeben und beim jeweiligen Sicherheitsdienst ein paar Beamte als Leibwächter abwerben." – Also auch die deutschen Ausbeuter wissen, wie „beliebt" sie sind und daß der Haß des Volkes gegen sie, diese Nichtstuer, von Tag zu Tag wächst.

Amerikanische Telefonarbeiter schon ein halbes Jahr im Streik

Ein Genosse aus New York schreibt: Die hiesige Streiksituation verschärft sich sehr. Letzte Woche hatten die 45.000 Telefonarbeiter im Staat New York Jubiläum. Seit einem halben Jahr streiken sie. Sie hatten eine große Demonstration in New York, die ungeheuer militant war. Streikbrecher wurden verhauen und viele Sachen der Telefongesellschaft (die hier privat ist) wurden zerstört. Schwarze und weiße Arbeiter kämpften zusammen, Seite an Seite.

Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Essen

Arbeiter und Studenten haben in Essen gegen den Lohnraub durch Fahrpreiserhöhungen bei Straßenbahn und Omnibus demonstriert. In Köln, Bonn und vielen anderen Städten stehen ebenfalls beträchtliche Fahrpreiserhöhungen bevor, die nicht durch Bittschriften oder Parlamentswahlen, sondern allein durch den Kampf der Massen verhindert werden können.

HINWEIS

Die für diese Nummer angekündigte Fortsetzung des Artikels aus dem ' Roten Lautsprecher' wird erst im nächsten Roten Morgen erscheinen.

Kapitalistisches

Freiwild

Die kapitalistischen Bosse betrachten die bei ihnen beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen und Angestellten wie eh und je als Freiwild. Können sie sie nicht mir Geld ihren sexuellen Wünschen gefügig machen, dann versuchen sie es mit Gewalt. So versuchte vor kurzem ein Kölner Tapetenfabrikant eine verlobte Arbeiterin seines Betriebes zu vergewaltigen. Nachdem er ihr eine Erhöhung ihres Stundenlohns (3,80) in Aussicht gestellt hatte, wenn sie ihm zu Willen sei, und sie dieses dreckige Angebot ablehnte, fiel er mit Gewalt über sie her. Die Arbeiterin erstattete Anzeige und wurde prompt aus dem Betrieb entlassen.

Privatgorillas

Je mehr sich die Klassenkämpfe in den USA verschärfen - und sie verschärfen sich ständig - desto grösser wird die Angst der Fabrikherren, Bankiers, Grossgrundbesitzer usw. Sie umgeben sich zunehmend mit einer Privatarmee aus Leibwächtern (Gorillas), die ihnen von den Arbeitsämtern vermittelt werden. Bei diesen bis an die Zähne bewaffneten Leibwächtern handelt es sich um ehemalige Polizisten oder Typen aus dem Lumpenproletariat. Sie sollen die Wirtschaftsbosse vor dem zunehmenden Zorn des Volkes schützen. Inzwischen beherrschen diese Privatarmeen das Bild der Städte. In Detroit (5200 Polizisten) ist ihre Zahl bereits höher als die der öffentlichen 'Ordnungshuter'. - Doch auch diese Baller-Männer werden das Ende der Kapitalistenklasse nicht aufhalten können!

Kinderfeindlichkeit

DIE HAUPTTENDENZ IN D

★ Lernt von den englischen

Der wochenlange Kampf der englischen Bergarbeiter versetzt die Kapitalisten in Angst und Schrecken. Der Streik zehrt fühlbar an ihren Profiten. Mehr aber noch fürchten sie: **dieser Kampf kann Schule machen!** Im ganzen Land werden die Bergleute breit unterstützt, diese tiefe Solidarität kommt für die Kapitalisten unerwartet und drohend. Sie ahnen es, die Bergarbeiter sind nur der Vortrupp der breiten Arbeitermassen. Die Arbeiterklasse rüstet sich, sie kämpft für ihren Arbeitsplatz, für ihren Lohn, sie wird für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen, für den Sozialismus. Das fürchten nicht nur die englischen Kapitalisten, davor zittern auch die deutschen Kapitalisten. Das, was in England geschieht, zeigt sich auch bei uns an: **Kurzarbeit, Feierschichten im Ruhrbergbau, Entlassungen, Akkordhetze, Lohnabbau... bis den Arbeitern die Geduld reißt.**

So fing es auch in England an.

Über eine Million Arbeitslose, über 5 %. Diese Zahlen erinnern an die Weltwirtschaftskrise 1929. Aber sie täuschen. Die tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt höher. In England gibt es viele kleine Bergarbeiterstädte. Man kann nur auf der Zeche arbeiten, die Kohlenbosse haben die Stadt praktisch aufgekauft, andere Betriebe gibt es nicht. Das ist billig. Denn hier sind über 12 % arbeitslos, das drückt die Löhne. Es gibt viele Familienväter, die tragen knapp 115 Mark in der Woche nach Hause. (Die D"K"P-Zeitung UZ sagt, der Mindestlohn sei 160 Mark. Dabei „vergißt" sie die vielen alten und kranken Kumpel über Tage.) 20, 30, 40 Jahre lang schuften sie unter Tage — wenn sie weniger Staub in der Lunge und überhaupt „Glück" haben. Ständig werden Zechen geschlossen, und dann kriegt man kaum Arbeit, selbst wenn man noch jung ist. Sechs Monate Arbeitslosenunterstützung, danach die „Wohl"fahrt. Um Manchester herum sind 19 von 20 Schachtanlagen in den letzten Jahren stillgelegt. Dabei ist der Lohn nicht gestiegen, für manche in den letzten 10 Jahren sogar gesunken, weil sie nicht mehr Akkord bezahlt kriegen, obwohl sie mehr arbeiten. Aber das Leben kostet doppelt soviel wie vor 10 Jahren. Das ist einer der härtesten, dreckigsten, gefährlichsten Berufe, mies bezahlt, und ständig steht man mit einem Fuß draußen. Und dafür wagen die Kapitalisten 16 Mark Lohn„erhöhungen" anzubieten! Da sind die Bergleute auf die Straße gegangen.

Lage im Klassenkampf besser denn je

posten Unterkunft in Studentenwohnheimen und riskieren dafür einen Rausschmiß.

Und was meint die Gewerkschaftsführung zu solcher Solidarität? „Die Arbeiter sind dort ohne unsere Erlaubnis hingegangen. Im Gegenteil, wir haben mit allen Mitten versucht, sie dort herauszuholen." Denn nichts fürchten diese bezahlten Handlanger des Kapitals mehr als eine breite kämpferische Solidarität der Volksmassen, bei der sie ausgepfiffen werden.

Kapitalisten fürchten Streik wie die Pest

Die Kapitalisten hatten es fertiggebracht, in den letzten Jahren immer mehr aus den Bergarbeitern herauszupressen. Vor 10 Jahren waren im Bergbau 650.000 Mann beschäftigt, die haben 200 Millionen Tonnen Kohle im Jahr gefördert. Heute sind es nur noch 280.000 Mann, die aber 145 Millionen Tonnen fördern. Also es wird fast drei Viertel von dem gefördert wie früher, aber von nicht mal halb soviel Arbeitern. Wenn es heißt, daß im letzten Jahr allein 7 % mehr gefördert wurde als im Vorjahr, dann täuscht das. Denn hinzu kommt, daß es viel weniger Arbeiter waren als im Vorjahr.

Arbeitshetze, Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen werden schnell in die Höhe getrieben, um auch in der Krise die maßlose Profitgier der Kapitalisten zu befriedigen.

Nach 2 Wochen Streik jammerten die Kapitalisten: „Jetzt haben wir schon für 17 Millionen Mark Kohle verloren." So viel fördern also sonst die Arbeiter für die Geldsäcke! Hier zeigt es sich ganz deutlich: Der Arbeiter ist es, der alle Werte schafft!

Alle Räder stehen sti
starker Arm es will!



im Kapitalismus

Wer mehr als zwei Kinder hat und in einer westdeutschen Grossstadt eine Wohnung sucht, gilt bei vielen Hausbesitzern als asozial. Zahlreich sind die Fälle, dass Ehepaare, bei denen sich Nachwuchs einstellt, prompt gekündigt werden. Und hier einige Zahlen: Eine Million Kinder in der Bundesrepublik haben kein eigenes Bett. 800 000 Familien leben in unzureichenden Wohnungen. In Köln leben 11 500 Kinder im Obdachlosen-Asyl. In München hatten Mitte 1971 796 Familien mit mehr als drei Kindern überhaupt keine Wohnung oder lebten in Notunterkünften.

Militärhilfe für Faschisten

Wie auch schon vor dem ersten und zweiten Weltkrieg ist der westdeutsche Imperialismus zunehmend bestrebt, für sogenannte befreundete Staaten Militarhilfe zu leisten. Das heisst, die dortigen kapitalistischen Regierungen mit Waffen zur Unterdrückung der Bevölkerung zu versorgen. So unterstützten die westdeutschen Imperialisten Israel bei seinem Überfall auf die arabischen Staaten mit grossen Waffenlieferungen. Das Jahr 1966 brachte einen bisher absoluten Waffenlieferungsrekord mit 111 Millionen Dollar. Danach fiel es wieder ab und erst unter der SPD/FDP-Regierung wurden wieder hundert Millionen Dollar im Jahr erreicht.

Bei diesen Summen handelt es sich nur um die Hilfe in harten Waffen (Flugzeuge, Geschütze, Gewehre usw.) Die Militärhilfe in sogenannten 'weichen Waffen' - Transportfahrzeuge, Fernmeldematerial usw. geht weit darüber hinaus. Bevorzugt bei der Belieferung werden neben Israel faschistische Staaten wie Griechenland und Portugal. Aber auch im zentralafrikanischen Tschad nimmt der westdeutsche Imperialismus als Partner des französischen mit Waffenlieferungen (4 Millionen) an der Unterdrückung der Bevölkerung teil.

Schon zweimal gab es große Bergarbeiterstreiks in England, 1921 und 1926: Mit der Kampflosung gegen geplanten Lohnraub „Keinen Pfennig weg vom Lohn, keine Sekunde mehr am Tag" solidarisierten sich einige Millionen Arbeiter im ganzen Land und legten tagelang die gesamte Wirtschaft lahm. „Ja damals", sagen heute manche, „damals hat die Arbeiterklasse noch gekämpft. Aber heute ist das nicht mehr so." Wie sah es aber wirklich damals aus? Die Gewerkschaftsführer mauschelten hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten und ihrer Regierung üble Lohnkürzungen aus. Sie schickten die Arbeiter zurück in die Grube. Als die Kollegen den Betrug merkten, kehrten sie auf die Straße zurück und kämpften erbittert. Aber der ganze Streik dauerte nur 9 Tage, dann war er niedergeschlagen. Die Arbeiter hatten zu sehr dieser opportunistischen Gewerkschaftsführung vertraut. Sie waren unerfahren, so daß die deutsche Bourgeoisie ihren englischen „Klassenbrüdern" mit umfangreichen Kohlelieferungen unter die Arme greifen konnte. Und das wichtigste: Die Bourgeoisie hatte noch einen starken Rückhalt im Kleinbürgertum, mit Vorliebe betätigten damals sich besonders Studenten als Streikbrecher.

Heute aber ist die Situation viel günstiger. Die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen sind selbstbewußter geworden und mißtrauen den Versprechungen der Bourgeoisie. Früher konnten große Teile von ihnen mit Hilfe der Profite aus den Kolonien bestochen werden. Jetzt ist der Schleier vom „Wohlfahrtsstaat" gefallen und zeigt das wahre Gesicht des Imperialismus: übelste Ausbeutung, verstärkte Unterdrückung bei seinem Niedergang. Und die Arbeiterklasse hat aus der Geschichte gelernt, sie sieht, was die chinesische Arbeiterklasse erreicht hat, weil sie sich auf ihre eigene Kraft stützt, sie sieht, wie die unterdrückten Völker das Märchen von der „ewigen Herrschaft des Imperialismus" zunichte machen. **Die englische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten lernen, auf ihre eigene Kraft zu vertrauen.**

Tiefe Solidarität der Volksmassen

Es ist nicht nur so, daß sich viele Arbeiter aus anderen Betrieben solidarisieren: Metallarbeiter drohen mit Streik, Lastwagenfahrer verweigern Kohle- und Öltransporte, Elektrizitätsarbeiter machen keine Überstunden mehr, Eisenbahnarbeiter verhindern Kohleauslieferungen. Jetzt zeigt sich der Bankrott des kapitalistischen Systems auch darin, daß breite kleinbürgerliche Schichten aktiv den Streik unterstützen. Den Streikposten werden heimlich Boote geliehen, mit denen sie die Schiffe erreichen und die Seeleute auf Kohlentransportern agitieren können. Kohlenhändler liefern nur noch in Notfällen aus. Überall werden den Streikposten Unterkunft und Verpflegung angeboten. Zahlreiche Lehrer haben ihre unumschränkte Unterstützung für die streikenden Bergleute bekundet. Bäckereien in den Revieren haben für die Familien der Streikenden die Brotpreise um die Hälfte gesenkt. Über 4.000 Studenten zogen zum staatlichen Bergbauamt, blockierten den Verkehr und hielten bittere Anklagen gegen den imperialistischen Staat und riefen: „Sieg für die Bergarbeiter!" Auf einer Demonstration von fast 20.000 Studenten versuchte ein Abgeordneter der Labour Partei (Sozialdemokraten) die revolutionären Studenten zu beschimpfen: „Hier sind vielleicht einige Leute, die das parlamentarische Regierungssystem nicht lieben" – viele Tausend antworteten laut: „Richtig!", und der Staatsbüttel mußte schleunigst verschwinden. Vor 50 Jahren also traten Studenten massenweise als Streikbrecher auf, heute bieten sie den Streik-



Die Kapitalistenklasse und ihr Staat fürchten, daß die Bergarbeiter nur die Vorhut sind, daß die anderen Arbeiter mit ihren Lohnforderungen nachziehen. Also wollen sie nicht nachgeben. Am meisten Angst aber haben die Kapitalisten davor, daß der Kampf revolutionäre Formen und politische Ziele annehmen könnte. Sie fürchten die „Straßenaktivitäten der linken außerparlamentarischen Gruppen", denn dabei könnten leicht „friedliche Proteste in gewaltsame Demonstrationen umschlagen". Und so bewachen sie besonders scharf die Streikposten vor den Kraftwerken im Zentrum Londons und der großen Städte. Aber auch die schottischen und wallisischen Arbeiter werden immer militanter. Sie haben gut von dem Befreiungskampf ihrer irischen Klassenbrüder gelernt. Die englischen Imperialisten haben hier denn auch die stärksten Polizeieinheiten zusammengezogen und verhaften willkürlich Streikposten wegen „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung".

Alle diese Provokationen können den Kampfmut der Arbeiter nicht brechen. Sie scheuen keine Schwierigkeiten. Ohne einen Pfennig Streikunterstützung von der Gewerkschaft, auf die unmittelbare Hilfe der breiten Massen angewiesen, verlassen sie ihre Familien, die von ein paar Groschen Wohlfahrt leben müssen, und fahren durch das ganze Land, um die Tricks der Kapitalisten zunichte zu machen. So verhindern sie konsequent die nächtlichen Kohlenlieferungen von Piratenschiffen aus dem Ausland und das brutale Durchbrechen der Streikketten durch gekaufte Streikbrecher, die die Kraftwerke mit Öl und Kohle beliefern sollen.

„Je länger der Streik dauert, umso fester halten die Arbeiter an ihren vollen Forderungen fest" und: „Die Regierung hat die Tiefe der Unterstützung für die Bergleute von der Öffentlichkeit unterschätzt" – das müssen sogar die Zeitungen der Bourgeoisie zugeben.

Alle Spaltungsversuche mißglücken

Die Kapitalisten wenden nicht nur Gewalt an, sie haben auch „feinere" Methoden: mit Drohungen, Lügen und Bestechungen versuchen sie, den Kampf zu ersticken. Den Volksmassen reden sie ein: „Wegen der Streiks wird der Preis der Kohle steigen müssen." Aber die Leute wissen es doch, bisher sind die Kohlen auch ohne Streik immer teuerer geworden!

Die „arme" Kohlenindustrie braucht finanzielle Unterstützung aus Steuergeldern, um „rentabel" zu sein. „Wenn aber die Bergleute höhere Löhne erhalten", so drohen die Kapitalisten, „dann werden die Kosten zu hoch, und die Regierung gibt uns kein Geld mehr. Dann müssen Zechen geschlossen werden, und das ist doch nur zu eurem eigenen Nachteil!" Die Kumpels aber wissen es, bisher sind die Zechen immer auch ohne Streiks geschlossen worden!

Die Kapitalisten versuchen zu spalten: „Der Streik schadet besonders den wenig rentablen Zechen im Norden. Da müßten dann besonders viele stillgelegt werden." – Aber die

R WELT IST REVOLUTION !

ergarbeitern! ★

Arbeiter dort stehen nicht weniger fest hinter dem Streik als ihre etwas besser gestellten Kollegen in den großen Industriezentren. Im Gegenteil, die Polizei kann kaum die militanten Aktionen der Bergleute im Norden niederknüppeln.

15 Jahre lang haben die Kumpel die Zechenstillegungen am eigenen Leib gespürt. Da steigen solche Drohungen nur den Haß gegen die Ausbeuter und Unterdrücker.

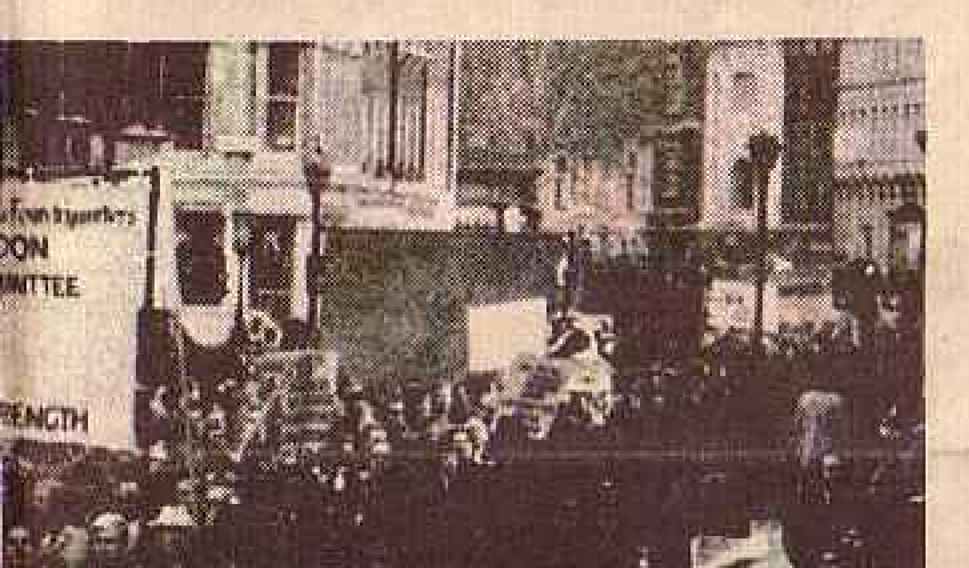
Kampf wächst Gewerkschaftsführern über den Kopf

Auch die „Berufsabwiegler" von der Gewerkschaftsführung sind wieder auf den Plan getreten. Haben sie doch jahrzehntelange Erfahrungen darin, den Kampf der Arbeiterklasse „erfolgreich" irrezuleiten. Von „gründlichen Opportunisten" (Lenin), die die Arbeiterklasse an den Tageskampf fesselten und vom Kampf für die Zerschlagung des Kapitalismus fernhielten, haben sie sich zu treuen Lakaien der Kapitalisten „hochgearbeitet", die sogar den Kampf um die wirtschaftlichen Interessen abwiegeln.

Ein hoher Funktionär der Transportarbeitergewerkschaft ordnete den offenen Streikbruch an und hieß die Arbeiter, eine Kohlenladung für ein Kraftwerk zu löschen, weil das „eine reguläre, normale Ladung" sei. Und der Oberbonze der Angestelltengewerkschaft wollte den Streik der Angestellten auf jeden Fall verhindern. Aber das gelang nur eine Woche lang. Dann sind alle 15.000 Angestellte des Bergbaus in den Streik getreten. Dieser Gewerkschafts„führer" aber macht sich Sorgen, daß „die ganze Verwaltung der Bergbauleitung durcheinandergeraten kann".

Die Gewerkschaftsführer setzen sogar üble Lügen in die Welt, daß die Angestellten aus Wut über die Streikposten in den Streik getreten seien, damit die Arbeiter nicht mehr ihre Renten und Steuerrückzahlungen abholen könnten. Als ob die Kapitalisten die Angestellten zum Wohl der Arbeiter einstellen würden! Die Arbeiter wissen, daß die Angestellten auch ausgebeutet werden. Sie begrüßen alle den Solidaritätsstreik der Angestellten.

wenn dein



BAUERN KÄMPFEN GEGEN MILCHKONZERN

Im Laufe des letzten Jahres mußten wir für Milch um 15% mehr zahlen. Im selben Zeitraum bekamen die Bauern keinen Pfennig mehr für ihre Milch zu sehen. Die Molkereien steckten also noch mehr Gewinn ein, nebenbei machten sie die Bauern für die Preiserhöhung 'maßgeblich verantwortlich'.

In drei oberbayrischen Landkreisen, in Mühldorf, Altötting und Traunstein, lassen es sich die Bauern (vorwiegend Klein- und Mittelbauern) nicht mehr bieten, daß sie für einen Liter Milch, der sie rund 30 Pfennig kostet, nur 35 Pfennig bekommen, während in den Geschäften 90 Pfennig und mehr dafür bezahlt werden müssen. 90% der Bauern dieses Gebietes solidarisierten sich und gründeten eine Erzeugergemeinschaft zur besseren Durchführung der Maßnahmen gegen die Allgäuer Alpenmilch AG (gehört zum Nestle-Konzern). Seit März 71 boykottieren sie die Molkerei, die ihnen um 15% weniger bezahlt als andere Molkereien, da sie in dem Gebiet ein Monopol besitzt, indem sie keine, bzw. nur unregelmäßig Milch liefern und den Kälbern die Milch saufen lassen. Am Montag, den 17.1.72, demonstrierten die Bauern in München vor der Hauptverwaltung des Milchkonzerns. Auf ihren Transparenten standen Losungen wie

Sind wir Milchbauern eine billig auszubeutende Kolonie? und: **Supergewinn für Schweizer Aktio-**

Forderungen der Bauern lagen - obwohl dieser BBV sich distanzierte und die Bauern zur 'Vernunft' mahnte, halten die Bauern durch. Sie erkennen immer mehr, daß es ihnen genauso schlecht geht wie den Arbeitern in den Städten. Sie erkennen immer mehr, daß sie gegen die Kapitalisten kämpfen müssen, daß sie von ihren Ausbeutern nichts geschenkt bekommen. Deshalb starten die Bauern Deutschlands und einiger anderer europäischer Staaten immer öfter Demonstrationen und Aufklärungskampagnen, die sich gegen die Ausbeutung der Bauern durch die Kapitalisten und die von diesen geschaffene EWG richten.

Diese spontanen Demonstrationen und Kämpfe der Klein- und Mittelbauern müssen im gesamten unterstützt werden, um den Bauern zu zeigen, daß sie nicht allein sind, daß sich die Arbeiter in den Städten mit ihnen solidarisieren. Es muß das richtige Bewußtsein in die Bauernklasse getragen werden, damit die Bauern erkennen, daß nur der Sozialis-

Revisionistisches

Kampf in Budapest

Auf den Strassen von Budapest tobt eine Schlacht. Mit immer mehr Werbung versuchen sich Pepsi und Coca-Cola gegenseitig die Kunden abzujagen, denen sie ihre miesen Säfte verkaufen. Aber auch VAT 69 ist mit von der Partie und für 250 Forint (rund eine Monatsmiete) im Disc-Jockey-Club in dem am Donaukai verankerten Schiff zu haben. Sozialismus? Wer denkt noch daran. Beat und Coca beherrschen die Szene. Auch im Jugendpark, wo der Eintritt heute (1963 war er noch frei) fünf Forint kostet. Man passt sich halt an den wiedererstehenden Kapitalismus an. Etwa 30% der ungarischen Jugendlichen sehen ihr Lebensziel im glücklichen Familienleben, 19% halten den Beruf für das wichtigste.

Werbung

In der revisionistischen Wochenzeitung der D'K'P 'UZ' bietet die tschechoslowakische Werbeagentur RAPID ihre Dienste kapitalistischen Unternehmen des Auslands an: 'Das grösste und modernste Unternehmen für Wirtschaftswerbung in der CSSR hilft bei der Anbahnung kommerzieller Kontakte, löst komplex die Absatz- und Werbe-Probleme... der ausländischen Exporteure in der Tschechoslowakei.' Zum Beispiel Bedarfsweckung für Coca-Cola und ähnliches.

Rauschgift

Das Problem des Rauschmittelmissbrauchs nimmt nicht nur in den kapitalistischen Ländern,



Ja, den Gewerkschaftsführern will ihre Abwieglertaktik diesmal nicht gelingen.
So jammern sie darüber, daß ihnen der Streik schon etwas entglitten sei, und sind „verwirrt über die Streikbegeisterung". Mit dieser Kampfbereitschaft hatten sie nicht gerechnet!

Die "Solidarität" der Revisionisten

Wie die revisionistischen Führer zum Kampf der Arbeiterklasse stehen, können wir in der D"K"P-Zeitung UZ lesen. Dort steht nämlich nur die eine Hälfte über den Streik, die andere wird verschwiegen. So schreibt die UZ, daß das neue reaktionäre Antistreikgesetz von der Konservativen Partei sei, dabei hatte es schon so die Labour Partei geplant. So betätigen sich die DKP-Führer als Wahlhelfer für die Sozialdemokratie. Auch daß die Führer der anderen Gewerkschaften trotz massiven Drucks von der Basis nicht einen Solidaritätsstreik ausrufen oder den Streik anders unterstützen, **entschuldigen** die DKP-Führer damit: „Die Unterstützung durch andere Gewerkschaften wird durch das Antistreikgesetz gebremst. Die Transportarbeitergewerkschaft konnte (!) lediglich anweisen: „Respektiert die Streikposten." Und das, wo es unter den Transportarbeitern schon spontane Arbeitsniederlegungen gibt! Natürlich buckeln solche Speichellecker von Revisionisten vor den Kapitalisten und bekunden überall, wo sie nur können, ihre Treue zu den Gesetzen der Bourgeoisie.

Einerseits müssen die Revisionisten demagogisch leere „revolutionäre" Phrasen dreschen, damit ihnen noch jemand glaubt. Andererseits treten sie aktiv als Streikbrecher auf. Das hat das arbeiterfeindliche Regime in Polen in den letzten Jahren schon zweimal durchexerziert. Als die spanischen Bergarbeiter streikten und die Kapitalisten mit ihrer faschistischen Regierung arg in eine wirtschaftliche Klemme gerieten, kamen ihnen die polnischen Revisionisten flugs zu Hilfe und schickten die nötigen Kohlen. **Den streikenden Kollegen in den Rücken fallen, der Bourgeoisie hilfreich zur Seite stehen — das ist die „Solidarität" der Revisionisten!**

näre!
Die Demonstration zeigte den festen Willen der Bauern zu kämpfen, und daß sie sich nicht mehr von faulen Kompromissen kleinkriegen lassen.
Obwohl der Bayerische Bauernverband (BBV), versucht, im Rahmen seiner Funktion im Staat die Bauern abzuwiegeln und ihren Kampf zu sabotieren, (dies zeigt sich sehr genau bei den bisherigen Aktionen der Bauern gegen die EWG und für höhere Erzeugerpreissätze, denn hier forderte der BBV und die Dachorganisation, der Deutsche Bauernverband, stets Sätze, die weit unter den

mus sie von der Unterdrückung durch die Kapitalisten befreien kann. Damit sie erkennen, daß sie sich mit den Arbeitern verbinden und unter der Vorhut der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats kämpfen müssen.
Nur durch ein starkes Bündnis zwischen den Arbeitern und den Klein- und Mittelbauern in Deutschland kann die Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats Erfolg haben. Dieses Bündnis zu schaffen, das ist die Aufgabe einer marxistisch-leninistischen Partei, dies ist die Aufgabe der KPD/ML!

Westberlin: SOLIDARITÄT mit dem Kampf des irischen Volkes!



Über den Kampf des irischen Volkes berichtete der Rote Morgen ausführlich in Nr.14 vom 22. November 1971.

Im Geiste des proletarischen Internationalismus, zum Beweis der weltumspannenden Solidarität der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker, veranstaltete der Landesverband Westberlin der KPD/ML am Sonnabend, dem 5.2., eine Demonstration zur Unterstützung des kämpfenden irischen Volkes.
Zuvor versuchte die Westberliner Parteiorganisation, eine einheitliche Kampffront aller marxistisch-leninistischen Kräfte herzustellen, was jedoch mißlang. Die Westberliner Sektion der Gruppe Rote Fahne Bochum und die 'Liga gegen den Imperialismus' der KPD/AO verweigerten mit fadenscheinigen Ausflüchten die Teilnahme.
So waren es denn nur etwa 200 Mann, die durch die Straßen des Arbeitervorortes Wedding gegen das Mordregime des britischen Imperialismus demonstrierten. Aber was an technischen Mitteln fehlte, wurde durch den Einsatz der Genossen wettgemacht, was an Massen fehlte, durch den proletarischen Charakter der Demonstration.
Man kann deshalb sagen, daß der propagandistische Erfolg erreicht worden ist. Noch wesentlicher war die Wirkung nach innen: Das Selbstvertrauen der Partei wurde gestärkt, sie hat in Westberlin klar gezeigt, daß die Partei in der Lage ist, ihre führende Rolle zu verteidigen, allen Kapitulanten wirkungsvoll entgegenzutreten.
Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns! Es lebe der heroische Kampf des irischen Volkes! Es lebe der proletarische Internationalismus!

Die Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten - die zuverlässigste Stütze der Arbeiter!

Der Streik der englischen Bergarbeiter findet bei den Volksmassen tiefe Solidarität, bei vielen revolutionären Gruppen hilfreiche Unterstützung. Dieser Streik zeigt es ganz klar: **Auch in Europa reift die revolutionäre Situation.**

Der Klassenhaß und der revolutionäre Elan der Massen brauchen einen Führer, der den Kampf zur siegreichen Revolution führt. Dieser Führer ist in Britannien unsere Bruderpartei, die KPB/ML, mit ihrem Zentralorgan "The Worker" (Der Arbeiter). Sie ist die einzige Partei in Britannien, die sich in den Kämpfen tatkräftig einsetzt und den weiteren Weg weist. Sie zeigt, wie die Arbeiterklasse für ihre Tagesforderungen kämpfen muß, sie entlarvt die Feinde der Arbeiterklasse, und sie zeigt, daß der Kampf der Arbeiterklasse nur erfolgreich sein kann, wenn sie das Grundübel aller Unterdrückung und Ausbeutung zerschlägt: Die Bourgeoisie mit ihrem imperialistischen Staat.

Der Kampf der englischen Bergleute ist uns ein Vorbild. Er ist ein Schritt vorwärts zu diesem Sieg, ein Schritt auf dem Wege zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!

* * *

sondern auch beispielsweise in der DDR ständig zu. So berichtete vor kurzem auf einer Medizinertagung in Berlin ein Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität Leipzig über die Zunahme des 'Missbrauchs von Arzneimitteln in Verbindung mit Alkohol zur Erzeugung von Rauschzuständen'. In diesem Zusammenhang wurde auf die Zunahme von Rezeptfälschungen, Gesundheitsschäden und tödlichen Unfällen im Rauschzustand hingewiesen.

Holiday-Inn in der DDR

Ein kapitalistischer Hotel-Konzern wird demnächst in der DDR drei First-class-Hotels errichten. Wie der Europa-Direktor der US-Firma Holiday-Inn (1400 Betriebe in aller Welt) in Hannover bekannt gab, werden diese Luxus-Absteigen, die natürlich den Arbeitern und Bauern der DDR verschlossen bleiben, in Ostberlin, Leipzig und Dresden entstehen. Sie sollen in Lizenz arbeiten. Über die Frage der Umsatz- und Gewinnbeteiligung meinte Europa-Direktor Gloor optimistisch, werde man sich sicher im gegenseitigen Interesse einig werden.

Ford in Moskau

Wie der italienische Fiat-Konzern in Togliattigrad in der UdSSR sein 3-Milliarden-Autowerk errichtet, in dem er laut Vertrag russische Arbeiter ausbeutet, so wurde jetzt dem Party-Freund des Fiat-Chefs Agnelli, Henry Ford II, von der Regierung der UdSSR der Bau eines 25 qm grossen LKW-Werkes bei Naberezhuge Chelny an der Kama (950 km östlich von Moskau) vorgeschlagen. Henry Ford II, Chef des drittgrössten USA-Konzerns, wurde von Kossygin persönlich empfangen und als Staatsgast hofiert. Für einen privaten Kurzausflug nach Leningrad wurden ihm, seiner Frau Christa und Tochter Charllotte ein 80-sitziger Düsen-Jet zur Verfügung gestellt.

Aus dem Parteileben

Giessen

In einem Gießener Arbeitervorort versammelten sich Genossen, sympathisierende Arbeiter und Lehrlinge, Kommunisten aus der alten KPD sowie interessierte Kollegen aus mehreren Betrieben zu einer Diskussion mit der KPD/ML. In einigen dieser Arbeitervororte erhielt die KPD früher 60% der Stimmen. In Gießen-Wieseck gab es sogar noch einen Ernst-Thälmann-Platz, der erst kürzlich auf Betreiben der Kapitalisten und ihrer Diener in der SPD umbenannt worden ist. In dem mit vielen roten Fahnen, revolutionären Losungen und Bildern geschmückten Saal, der mit etwa 150 Anwesenden voll besetzt war, sprach Genosse Ernst Aust unter anderem über wichtige Lehren aus der Geschichte der alten KPD, besonders die Entwicklung in den 50 er Jahren, den Weg zum Revisionismus, sowie über die Notwendigkeit, sich auf schwierigere Kampfbedingungen, auch auf die Illegalität, vorzubereiten - und zwar zu jeder Zeit, auch in der allerfriedlichsten!

Vielen Kollegen, die zum ersten Mal auf einer kommunistischen Versammlung waren, wurde mit eindrucksvollen Tatsachen der Unterschied zwischen Kommunismus und Revisionismus erklärt: die kommunistischen Funktionäre arbeiten regelmäßig in der Produktion, wie einfache Arbeiter; Enver Hoxha, der albanische Parteivorsitzende, hat im letzten Jahr drei Monate im Betrieb gearbeitet. Ganz anders die Bonzen in den revisionistischen Staaten, die Honnecker und Stoph, Breschnew und Kossygin; sie führen ein Drohnendasein auf dem Rücken der Arbeiter, mit Villen und anderem Luxus einer Oberschicht. Oder ein anderes Beispiel: Im sozialistischen Albanien sind Arbeiter und Bauern bewaffnet - im revisionistischen Polen kann sich das die Führungsclique nicht leisten. Im Gegenteil, im Dezember 1970 hat sie sogar auf die kämpfenden Arbeiter schießen lassen, genauso wie jede andere Ausbeuterklasse das tut, wenn ihre Herrschaft bedroht ist!

Anschließend berichtete ein alter Genosse, der in Essen in der Roten Ruhrarmee gekämpft hatte, über seine Erfahrungen, über die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse in den 20 er Jahren und die Lehren daraus für uns. Ebenso wie sein Vorredner wurde er oft von stürmischem Beifall unterbrochen. In der folgenden Diskussion, an der sich auch Genossen von der Gruppe Rote Fahne Bochum beteiligten, wurde insbesondere über die Fehler unserer Partei in den letzten Monaten und über unsere nächsten Aufgaben gesprochen.

Die Versammlung verlief in einer kämpferischen Stimmung und wurde mit revolutionären Liedern abgeschlossen, darunter die 'Internationale' und das aus unserer Parteiarbeit hervorgegangene Lied 'Wir schützen das Rote China'. Die anwesenden Genossen und Freunde der Partei spendeten zusammen 231 DM für den Roten Morgen, das Sprachrohr der westdeutschen Arbeiterklasse.

Siegen

Am 20.1. fand in der Gaststätte 'Haus Freundschaft' im Arbeitervorort Niederschelderhütte eine öffentliche Versammlung mit der KPD/ML statt. Die Versammlung wurde von den Marxisten-Leninisten im Kreis Siegen-Olpe, die die Zeitschrift 'Die Wahrheit' herausgeben, organisiert. Der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, sprach über 'Weg und Ziel der Partei'. An der Diskussion beteiligte sich auch eine revolutionäre Jugendgruppe aus Siegen und zahlreiche Kollegen aus den Betrieben.

Spendet für Eure bolschewistische Partei und ihr Zentralorgan, den ROTEN MORGEN

SELBSTKRITIK DES ERSTEN ZENTRALKOMITEES DER KPD MARXISTEN-LENINISTEN

***

Die beiden vorhergehenden Teile der Selbstkritik des Ersten ZK sind erschienen in RM Nr. 1/2 und Nr. 3/1972. Die Nummern können nachbestellt werden.

***

DER IDEOLOGISCHE KAMPF IM ZK

Die bisher aufgezeigten Abweichungen bei der Politik des ZK geben noch keine ausreichende Erklärung dafür, wieso ein großer Teil der Partei schließlich eine offene parteifeindliche liquidatorische Linie einschlug bzw. sich mitreißen ließ und wieso das ZK als Gesamtheit nicht mehr in der Lage war, sich wenigstens bei einer so offenkundigen Bedrohung der gesamten Partei geschlossen gegen diese parteifeindliche Linie zu stellen. Hierzu ist es notwendig, auf die Führung des Kampfes zweier Linien im ZK selbst einzugehen. Wir werden dies an einigen wichtigen Fragen klarmachen, deren Ergebnis für die gesamte Partei von großer Tragweite war.

Die Theorie von den zwei Wegen des westdeutschen Imperialismus

Dieser im ROTEN MORGEN veröffentlichte Artikel wurde von dem für die Kommissions-(Programm) Arbeit verantwortlichen Genossen vor der Veröffentlichung dem ZK vorgelegt. Obwohl alle anderen Genossen des ZK von Anfang an einige Schwächen und Fehler dieses Artikels erkannten, versäumten sie es, diese genau zu untersuchen. Da es sich ja nur um einen Diskussionsvorschlag handelte, glaubte man mit kleineren Korrekturen auszukommen. Hinzu kam, daß man sich von den darin auch enthaltenen korrekten Untersuchungen über den westdeutschen Imperialismus beeindrucken ließ.

Die entscheidenden Fehler dieses Artikels waren, daß die Widersprüche zwischen verschiedenen Fraktionen der westdeutschen Monopolbourgeoisie überbewertet wurden. Es wurde der Eindruck erweckt, als gäbe es für den westdeutschen Imperialismus verschiedene strategische Möglichkeiten. Der Verzicht auf die eindeutige Klarstellung, daß der westdeutsche Imperialismus unter einer SPD-Regierung kein Deut seines aggressiven Charakters verliert, unterstützte indirekt die von den Revisionisten gespeisten Illusionen über den angeblich friedlichen Charakter der SPD-Politik. Die Ableitung einer Strategie für die KPD/ML fast ausschließlich aus den Widersprüchen der Monopolbourgeoisie, sie bedeutete eine Herabminderung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Revolution.

War das oberflächliche Herangehen des ZK schon ein schwerer Fehler, so war die Nichtbeachtung der Kritiken aus den Reihen der Partei ein klarer Verstoß gegen die innerparteiliche Demokratie. Ein Teil dieser Kritiken wurde von dem Verantwortlichen sogar lange Zeit zurückgehalten. Der Verzicht auf eine ausreichende Korrektur dieses Artikels ermöglichte es den Führern der Gruppe Rote Fahne Bochum, die in fast allen wesentlichen Fragen eine Vermengung zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus versuchen und die sich auch bei der Frage der Widersprüche innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie bis zu der absurden Behauptung von gewaltsamen Klassenauseinandersetzungen innerhalb der Monopolgruppierungen* verstiegen, einen demagogischen Angriff auf die angeblich opportunistische Linie der KPD/ML vorzutragen. Damit konnten sie von ihrer revisionistischen Linie ablenken und stifteten Verwirrung in der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Genossen des ZK machten einen schweren Fehler, daß sie die zahlreichen zweideutigen Formulierungen, die eine revisionistische Auslegung ermöglichten bzw. versteckte revisionistische Abweichungen übergingen und damit von ihrer bisherigen klaren Haltung gegenüber revisionistischen Abweichungen abkamen.

Aufgaben des ZK bei der Ausrichtung auf den Parteitag

Der Kern der Auseinandersetzung über die Vorbereitung des Parteitags lag, wie bereits dargestellt, darin, ob das ZK die Partei konsequent auf die Aufga- stischer Spielraum eingeräumt wurde; sie entschieden selbst darüber, ob sie die vom ZK übertragenen Aufgaben korrekt erfüllten oder die, die man selbst für wich- Mitarbeit im ZK unvereinbaren Auffassungen nur zu kritisieren; so wurde z. B. geäußert, daß man hauptsächlich deshalb im ZK mitarbeite, weil man dort immer

Zentralorgan, den ROTEN MORGEN!

Redaktion und Verlag Roter Morgen danken allen Genossen, die gespendet haben, für ihre Unterstützung!

Postscheckkonto: E.Aust, Hamburg, 26 27 67

10.1.72	M.N., Worpswede	19.--
10.1.72	H.J., München	5.--
10.1.72	M.J., Recklinghausen	15.--
11.1.72	M.S., Stockdorf	39.--
12.1.72	R.T., Bielefeld	5.--
12.1.72	Stützpunkt Ingolstadt	30.--
13.1.72	V.K., Lübeck	33.--
13.1.72	H.S., Halstenbek	50.-
13.1.72	Berliner Genossen	125.--
13.1.72	M.K., Hamburg-Harburg	50.--
17.1.72	F.R., Großlinden	59.--
17.1.72	K.V., Mannheim	10.--
17.1.72	W.T., Wilhelmshaven	10.--
18.1.72	E.O., Wuppertal-Elberfeld	40.--
18.1.72	Sechs Tübinger Genossen	180.--
20.1.72	E.T., Köln	4.--
20.1.72	F.L., Freising	20.--
20.1.72	H.K., Alsdorf	4.--
22.1.72	Arbeiterversammlung Gießen	231.--
22.1.72	E.T., Hanfeld	11.--
22.1.72	Rote Garde Kempten	100.--
22.1.72	Stützpunkt Ingolstadt	203.--
25.1.72	M.G., Werden	20.--
26.1.72	M.G., München	100.--
26.1.72	H.L., Regensburg	10.---
28.1.72	A.K., Hamburg	9.--
30.1.72	W.T., Wilhelmshaven	20.--
31.1.72	W.L., Wien	16.--
31.1.72	W.K., Essen	10.--
	insgesamt:	1428.--

ZK die Partei konsequent auf die Aufgaben vorbereitete, die sie als Vorhutorganisation des Proletariats zu erfüllen hatte, oder ob die Partei wie eine Zirkelvereinigung aufgebaut wurde. Der Kompromiß im Frühjahr 71 der die politschen Anforderungen für den außerordentlichen Parteitag (aoPt) zurückschraubte, war nur die eine Seite des Nachgebens. Die andere Seite lag darin, daß hiermit auch alle ideologischen und persönlichen Schwächen der ZK-Mitglieder toleriert wurden und daß Einzelnen ein liberali- ZK übertragenen Aufgaben korrekt erfüllten oder die, die man selbst für wichtiger hielt. So bedeutete dieser Kompromiß tatsächlich, daß auch die Genossen des ZK, die klar die wichtigsten Aufgaben des ZK sahen und sich für ihre Verwirklichung einsetzten, dennoch objektiv unterstützten, daß die Arbeit des ZK teilweise auf das Niveau herabgedrückt wurde, wie es zur Anleitung von Zirkeln vielleicht ausreicht. Für die zentrale Anleitung der Partei reichte es aber eben nicht aus, nur selbst seine Aufgaben korrekt zu erfüllen und die für eine geäußert, daß man hauptsächlich deshalb im ZK mitarbeite, weil man dort immer gute Anregung für die Ortsarbeit erhalte, oder man könne zwar die übertragenen Aufgaben nicht mehr erfüllen, wolle aber trotzdem im ZK bleiben. Im Interesse der Partei und ihrer Aufgaben für die Revolution wäre es notwendig gewesen, gegen diese unhaltbaren Auffassungen einen konsequenten Kampf zu führen, der entweder mit einer umfassenden Selbstkritik oder, wenn ohne Erfolg, durch Entfernen aus dem ZK hätte abgeschlossen werden müssen.

Der Kampf gegen ökonomistische Abweichungen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das ZK den Kampf gegen ökonomistische Abweichungen in der Partei kaum anleitete und damit die spontanen ökonomistischen Tendenzen an der Basis unterstützte. Bei den Versuchen, hauptsächlich des für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verantwortlichen Genossen über das ZK ökonomistische Abweichungen massiv in die Partei hineinzutragen, entwickelte sich allerdings ein härterer ideologischer Kampf. Die Absicht dieses Genossen, die Partei auf eine Gratisbeilage zur Gewerkschaft herabzuzerren, wurde von der Mehrheit der ZK-Mitglieder abgelehnt. Seine Vorstellungen waren, die Partei hauptsächlich auf die Führung von Tarifkämpfen zu konzentrieren, die Propaganda bei Lohnkämpfen auf rein gewerkschaftlicher Ebene zu führen, bei Streiks die übrige Parteiarbeit einzuschränken und Arbeiter, die sich bei Streiks hervorgetan hätten, unmittelbar in die Partei aufzunehmen. Mit der Ablehnung dieser falschen Auffassungen gaben wir uns aber zufrieden. Die Tatsache, daß der ZBGK-Verantwortliche eindeutig ökonomistische Abweichungen vertrat, und daß in dem von ihm herausgegebenen „Betrieb und Gewerkschaft" diese Linie teilweise in die Partei und Sympathisantengruppen getragen wurde, hätte uns einsichtig machen müssen, daß gegen diese falschen Auffassungen ein harter ideologischer Kampf geführt werden mußte.

Der Grund dafür, daß dieser Kampf zweier Linien nicht konsequent geführt wurde, lag daran, daß auch bei einigen anderen Genossen zeitweise bestimmte ökonomistische Vorstellungen vorhanden waren oder sie aus versöhnlerischen Gesichtspunkten auf die notwendige Schärfe dieses Kampfes verzichteten. Hinzu kam, daß auch Entscheidungen des ZK, die sich gegen ökonomistische Abweichungen wandten, nicht in die Partei getragen wurden. Selbst als das ZK gegen die ökonomistische Anleitung zur Metalltarifbewegung Stellung bezog und den Verantwortlichen zu einer Korrektur, der auch im ROTEN MORGEN ähnlich wiedergegebenen „politischen" Anleitung verpflichtete, hatte dieser klare Beschluß keine Konsequenzen, weil dieser Genosse diesen Beschluß „vergaß" und die übrigen ZK-Genossen diese Haltung tolerierten. Das Ergebnis dieses nicht konsequent ausgetragenen ideologischen Kampfes war, daß in der Praxis die ökonomistischen Tendenzen in der Partei nicht klar bekämpft wurden, sondern im Gegenteil sich objektiv eine Unterstützung dieser Abweichung ergab.

Tendenzen zur prinzipienlosen Vereinigung

Obwohl das ZK insgesamt Fehler in dieser Hinsicht machte (Themenstellung des aoPt) gab es zu dieser Frage im ZK verschiedene Auffassungen. Die Auseinandersetzungen im ZK wurden hauptsächlich anhand der Berichterstattung über die 1. Mai-Demonstrationen der Partei im ROTEN MORGEN geführt. In diesem Artikel waren die wesentlichen Differenzen zwischen der KPD/ML und anderen revolutionären Organisationen völlig verschleiert worden und die Anpassungspolitik des LV Westberlin an andere Organisationen bis zum Verzicht auf die Propagierung der Partei und ihrer politischen Linie als beispielhaft bezeichnet worden. Die Diskussion im ZK ergab eine klare Mehrheit für eine Verurteilung solcher Tendenzen. Dabei blieb es allerdings. Ein korrekter ideologischer Kampf in der gesamten Partei und eine weitere Auseinandersetzung mit den Landesverbänden oder einzelner Genossen, bei denen diese Vorstellungen immer noch vorhanden waren, unterblieb. Damit wurde auch dieser Kampf an einer entscheidenden Stelle abgebrochen. Zur weitgehenden Einstellung dieses ideologischen Kampfes bzw. überhaupt zur fast völligen Einstellung der ideologischen Auseinandersetzung mit anderen Gruppen trug in dieser Situation hauptsächlich der intern verbreitete Artikel des Kommissionsverantwortlichen über die „Einheit der Marxisten-Leninisten" bei. Die in diesem Artikel verbreiteten Ansichten, daß Abweichungen von der korrekten Linie hauptsächlich aus Konkurrenzgründen der kleinbürgerlichen Führer von ML-Organisationen entstehen würden, war in Wirklichkeit eine Verharmlosung von Abweichungen von der proletarischen Linie. Die Grundhaltung dieses Artikels, mit dem Erstarken der westdeutschen Arbeiterbewegung und mit dem zunehmenden Druck des Staatsapparates auf die Marxisten-Leninisten, ginge die Einigung fast zwangsläufig vor sich, war eine Aufforderung, den notwendigen ideologischen Kampf zur Schaffung der Einheit der Marxisten-Leninisten einzustellen und auf die objektive Entwicklung zu vertrauen.

Obwohl diese Abweichung des Artikels von einigen Genossen des ZK erkannt wurde, kam es nicht zu einem prinzipienfesten Kampf gegen diese objektive Abwürgung des ideologischen Kampfes und die Verschleierung der ideologischen Differenzen innerhalb der Partei und gegenüber anderen revolutio-

---

* „Verschärfung der ökonomischen Widersprüche innerhalb der BRD, **Klassenauseinandersetzungen neuer und gewaltsamerer Art** zwischen Monopolkapital und nichtmonopolitischer Bourgeoisie und **innerhalb der Monopolgruppierungen**" Bolschewik 5, S. 38, Unterstreichungen von uns).

Selbstkritik

Fortsetzung von Seite 6

nären Gruppen. So erhielten die im ZK schon stark ausgeprägten Tendenzen zur Vernachlässigung des ideologischen Kampfes weiteren Auftrieb.

Die Tendenzen zum Versöhnlertum und Liberalismus gegenüber Abweichungen vom Marxismus-Leninismus erhielten hiermit eine Plattform und wirkten sich noch schädlicher auf die gesamte Partei aus. Die Genossen, die Einwände gegen diesen Artikel hatten, führten diesen Kampf entweder nicht in der notwendigen Schärfe und Unnachgiebigkeit oder sie beschränkten sich damit, den Artikel als revisionistisch zu bezeichnen ohne sich die Mühe zu machen, diese These auch genau zu belegen; dadurch verpufften ihre Einwände ergebnislos.

Fassen wir den Kampf zweier Linien im ZK zusammen, so zeigt sich deutlich, daß einige Genossen offene oder versteckte revisionistische Tendenzen in die Partei trugen. Diese Genossen konnten ihre Auffassungen, auch wenn sie nicht die Mehrheit des ZK gewinnen konnten, vor allem deshalb durchsetzen, weil einige Genossen ihre Einwände nicht klar begründen konnten oder sie sich mit der Kritik an einigen falschen Vorstellungen begnügten aber aus versöhnlerischen Gesichtspunkten keinen konsequenten Kampf gegen jede Abweichung führten. Von den Genossen, die zum Versöhnlertum neigten, wurden hauptsächlich folgende Fehler gemacht:

1. Der ideologische Kampf wurde im ZK nicht konsequent sondern nur oberflächlich geführt und um die „Einheit und das gute Einvernehmen" im ZK nicht zu gefährden, wurden Meinungsverschiedenheiten oft nicht offen ausgetragen oder vollständig geklärt.

2. Bei wichtigen ideologischen Fragen wurde der Kampf zweier Linien nur im ZK oder im „eigenen" Landesverband geführt nicht aber in der gesamten Partei; selbst wenn zu wichtigen Problemen Stellungnahmen aus Parteiorganisationen abgegeben wurden, blieben sie weitgehend unberücksichtigt. Das waren klare Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie und gegen das Prinzip der Massenlinie.

3. Wenn im ZK nach einer ideologischen Auseinandersetzung klare Entscheidungen gefällt wurden, wurde auf die Propagierung dieser Entscheidung in der gesamten Partei nicht genügend Wert gelegt.

4. Da auch bei klaren Beschlüssen des ZK nicht unnachgiebig auf der Einhaltung bestanden wurde, sondern das „Vergessen" oder „Versickern" toleriert wurde, wurde in der Praxis manchmal das genaue Gegenteil der gefaßten Beschlüsse durchgesetzt.

Diese Fehler bewirkten, daß objektiv die Verbreitung falscher Auffassungen gefördert wurde oder ein Nebeneinander verschiedener Linien innerhalb der Partei möglich war. Zusätzlich wurde dadurch noch in der Partei die Haltung zum Liberalismus und Versöhnlertum gegenüber Abweichungen und damit die Möglichkeit, die Prinzipienfestigkeit der Partei auszuhöhlen, objektiv gefördert.

Das Versöhnlertum gegenüber klein erscheinenden Abweichungen war ein entscheidender Fehler von uns, auch wenn wir in den meisten wesentlichen Fragen eine korrekte Linie vertraten und gegen die Durchsetzung falscher Ansichten auftraten. Die Auffassung, daß man gegenüber „kleinen Abweichungen eine weiche Welle" einschlagen kann und erst dann hart kämpfen muß, wenn schwere Abweichungen auftreten, war falsch und schadete der Partei. Es zeigte sich mit der Entwicklung der Partei immer deutlicher, daß das Dulden von zunächst geringfügig erscheinenden Abweichungen die Entstehung und Ausbreitung von größeren förderte und insgesamt eine Haltung zum Versöhnlertum gegenüber ideologischen Meinungsverschiedenheiten förderte. Es entwickelte sich so eine immer stärkere Tendenz, sich an immer schwerere Fehler der Partei zu gewöhnen und die Wachsamkeit gegenüber Abweichungen wurde immer mehr beeinträchtigt; dadurch geriet allmählich auch teilweise die Grenze zwischen falschen Auffassungen in einzelnen Fragen und prinzipiellen Abweichungen ins Schwimmen.

DER ANGRIFF DER LIQUIDATOREN

Die Abweichungen, die sich begünstigt durch den nicht korrekt geführten ideolo-

Die „links"sektiererischen Kräfte versuchten unter dem Vorwand ökonomi-

die Mehrheit des ZK sofort opportunistisch dem Druck von zwei Landesverbänden nach und hob seinen vorher gefaßten Beschluß auf; der wesentliche Einwand dieser Landesverbände war, daß so eine Kampagne angeblich den ideologischen Kampf abwürge; in Wirklichkeit war es ein Zurückweichen vor dem Druck der Bourgeoisie. Bei dem Problem der Behandlung einer Gruppe von offenen Fraktionisten entwickelte sich aber eine harte Auseinandersetzung im ZK.

Diese Fraktion hatte versucht, sich selbst zum Zentrum zu ernennen und war bei diesem Bestreben von der Landesleitung Niedersachsen und Teilen des Landesverbandes Südwest offen unterstützt worden. Im ZK war nur ein Genosse bereit, diesem unverhüllten Angriff auf die Partei, die Liquidierung der Partei unmittelbar vor dem Parteitag einzuleiten, mit dem nach dem Statut notwendigen Parteiverfahren unverzüglich zu antworten. Selbst der Vorschlag eines andern Genossen, dieses Parteiverfahren erst auf der kommenden Sitzung des Parteitags zu stellen (als ersten Punkt der Tagesordnung) war den meisten ZK-Mitgliedern zu weitgehend. Erst nach einem langen ideologischen Kampf dieser beiden Genossen konnte für diesen Vorschlag wenigstens eine knappe Mehrheit gewonnen werden. Eine starke Minderheit des ZK brachte klar zum Ausdruck, daß sie aus vollkommen opportunistischer Anpassung an die Fraktionisten und Liquidatoren bereit war, die Grundprinzipien des demokratischen Zentralismus und der Organisationsdisziplin über Bord zu werfen. Es wurde klar, daß mit diesen Genossen kein gemeinsamer Kampf für die Erhaltung und Stärkung der KPD/ML mehr geführt werden konnte, da sie — teilweise aus karrieristischen Motiven, sie stellten sich auf die voraussichtlichen Mehrheitsverhältnisse auf dem Parteitag ein — zu jedem Prinzipienschacher bereit waren.

TRENNUNG VON DEN LIQUIDATOREN AUF DEM PARTEITAG

Die Liquidatoren versuchten auf der zweiten Sitzung des Parteitags sofort ihre Vorstellungen von der notwendigen Zerstörung der Partei in die Praxis umzusetzen. Ihre Versuche, durch offene Verstöße gegen den demokratischen Zentralismus (Sabotage von Beschlüssen, wobei sie sogar soweit gingen, einstimmige Be-

JUNGE KOMMUNISTEN VOR GERICHT!

Wir schrieben bereits im Roten Morgen Nr. 6 im Juni vergangenen Jahres darüber. In München hatte sich im Zuge des Gründungsopportunismus, der ungeprüften Aufnahme von Mitgliedern in die KPD/ML, ein übles Element mit Namen Hugo Lanz in die Partei eingeschlichen. Als seine Machenschaften, Unterschlagung von Parteigeldern, fraktionistische Tätigkeit usw. aufgedeckt und er von der Mitgliederversammlung der Parteiorganisation in München ausgeschlossen wurde, wurde er zum offenen Agenten der Bourgeoisie.

Er lockte sieben Rotgardisten bzw. Sympathisanten, die nach Vereinbarung Parteimaterial bei ihm abholen sollten, in eine Falle, um sie anschließend bei der Polizei wegen Raub und Erpressung anzuzeigen. In seinem Haß gegen die Partei tischte er die unverschämtesten Schauermärchen von einem Überfall auf ihn und angeblichen Mißhandlungen auf. Detailliert behauptete er, man habe ihm unter anderem ca. vier Eier, Speiseöl, Brot, einen Briefmarkenschwamm, einige Präservative, einen Bettbezug, vermutlich fünf Glühlampen sowie Warm- und Kaltwasser gestohlen. Das legt nicht nur den Verdacht der Agententätigkeit nahe, sondern auch, daß Lanz zu deutsch gesagt nicht alle Tassen im Spind hat bzw. an Verfolgungswahn leidet.

Als 'Beweismaterial' lieferte Lanz der Polizei sein ganzes Wissen über die Organisationsstruktur der Partei, über personelle Verhältnisse, lieferte er politische Unterlagen zur 'Überprüfung von Fingerabdrücken'. Offen erklärte er, daß es die Staatsorgane garnicht nötig hätten, einen politischen Prozeß gegen die KPD/ML zu führen, daß es genüge, sie als 'Kriminellenbande' zu verbieten. Und wer liefert die Beweise? Hugo Lanz.

So sollen nun am 22.2.72 sieben junge, unbescholtene Menschen vor Gericht erscheinen, angeklagt des 'schweren Raubes in

strafe nicht unter fünf Jahren, bei mildernden Umständen nicht unter einem Jahr vorgesehen ist.

Was haben sie getan? Haben sie eine Bank überfallen, einen Millionär gekidnappt, haben sie eingebrochen, haben sie gestohlen, haben sie wie der Westberliner Polizist Kurras einen Menschen erschossen, haben sie wie heute noch frei herumlaufende Nazis Tausende von Menschen ermordet? Nein, nichts dergleichen haben sie getan, Allein die Tatsache, daß sie Rotgardisten sind oder mit der KPD/ML sympathisieren, daß sie eine neue, bessere Gesellschaftsordung wollen, eine Gesellschaftsordnung, die frei ist von Ausbeutung und von Kriegen, in der die, die alle Werte schaffen, die Arbeiter, die Werktätigen die Macht haben, allein diese Tatsache genügt der Bourgeoisie, sie vor die Schranken des Gerichts zu zerren. Und dabei bedient sie sich solcher verräterischen oder auch unzurechnungsfähigen Subjekte wie Lanz. Hier zeigt sich die kalte Brutalität der Klassenjustiz.

Wenn wir diesen verbrecherischen Wenn wir diesen verbrecherischen Anschlag verhindern wollen, und wir müssen ihn verhindern, das ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, so ist es notwendig, diesen Fall überall in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ist es notwendig, aufzurufen zum Protest gegen dieses Verfahren. Wendet Euch mit euren Solidaritätsschreiben,

durch den nicht korrekt geführten ideologischen Kampf des ZK in der Partei allmählich ausbreiteten, führten im Sommer 71 zu einer immer stärkeren Kritik aus den Grundeinheiten der Partei. Neben vollkommen berechtigten Kritiken, die auch eine gute Grundlage für die Beseitigung der vorhandenen Fehler in der politischen Arbeit der Partei hätten sein können, begannen einige Mitglieder der Partei seit der Einberufung des aoPt schwimmend auf einer Welle der berechtigten Kritik an den Fehlern des ZK, diese Fehler auszunutzen und den ideologischen Kampf scheinbar zur Beseitigung dieser Fehler und Abweichungen, aber mit der tatsächlichen Zielsetzung der Liquidierung der KPD/ML als bolschweistischer Partei einzuleiten. Der Grund für dieses Erstarken „links"sektiererischer und liquidatorischer Strömungen lag in einem Umschwenken der in der Partei sehr starken kleinbürgerlichen Kräfte (siehe hierzu den 1. Teil der Selbstkritik, ROTER MORGEN, Nr. 1/2,71)

Stalin hat klar darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Revolutionäre kleinbürgerlicher Herkunft oder Klassenlage nur deshalb für die Revolution ist, weil er sie schon für morgen erwartet. Sehen sie sich in dieser Hoffnung getäuscht, wenden sie sich von der Revolution ab oder fallen ihr in den Rücken.

Die durch die mangelnde zentrale Anleitung weitgehend spontaneistische und ökonomistische Politik vieler Ortsgruppen und Betriebsgruppen führte nicht zu dem erhofften schnellen Aufschwung bei der Lösung der Hauptaufgabe, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen. Außerdem verschärfte sich zusehends der Druck der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf die KPD/ML, insbesonders durch die massiven Versuche, die Partei zu illegalisieren und zu kriminalisieren. Eine Reihe von schwankenden oder noch nicht sehr gefestigten Genossen versuchte diesem Druck durch ideologische Abpassung auszuweichen.

suchten unter dem Vorwand ökonomistische und andere in der Partei aufgetretene rechte Abweichungen zu bekämpfen, die Partei vollständig von der Arbeiterklasse und jeder Arbeit unter den Massen zu trennen. Indem sie in der Plattform vom Frühjahr 70 vorhandene „linke" Fehler zum Prinzip erhoben, propagierten sie die in der jetzigen Phase des Parteiaufbaus angeblich notwendige führende Rolle der Intelligenz, die Notwendigkeit, sich aus den Kämpfen der Arbeiterklasse herauszuhalten und den ‚freien Prozeß des ideologischen Kampfes' das heißt frei von Parteidisziplin und demokratischen Zentralismus. Ein Teil dieser Kräfte erkannte bereits, daß zur Durchsetzung dieses Studierstuben „Marxismus" eine kommunistische Partei nicht notwendig ist und begann systematisch auf die Liquidierung der Partei hinzuarbeiten.

Das ZK hätte bei dieser Entwicklung endlich seine passive Haltung aufgeben müssen, indem es selbst den ideologischen Kampf zur Beseitigung der vorhandenen rechten Abweichungen bei gleichzeitiger Zurückweisung dieser „linken" parteifeindlichen Strömungen einleitete. Aber selbst, als die parteifeindliche Strömungen immer offensichtlicher wurden, das Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Geschlossenheit der Partei gegenüber dem Klassenfeind von diesen Genossen mehr und mehr aufgegeben wurde, und die bisherige klare Abgrenzung der Partei von einigen dieser Liquidatoren aufgegeben wurde, trat das ZK nicht entschieden und entschlossen auf, um diese drohende Gefahr der vollständigen Zersetzung der Partei abzuwehren, sondern es führte nur einen schwachen ideologischen Kampf gegen diese Auffassungen und zögerte um die „Einheit der Partei nicht zu gefährden" irgendwelche organisatorische Schritte zu tun z. B. noch nicht einmal die Entfernung eines offenen Liquidators und Vertreters von revisionistischen Thesen aus der Redaktion des ROTEN MORGEN.

Zuspitzung der Widersprüche im ZK

Die Frage der Behandlung offen parteifeindlicher Strömungen verschärfte allerdings zunehmend die Widersprüche innerhalb des ZK. Auf der letzten ZK-Sitzung unmittelbar vor der 2. Sitzung des aoPt (die erste Sitzung war wegen Verletzung der Konspiration kurz nach Beginn abgebrochen worden) zeigte sich immer deutlicher, daß das ZK vor die Entscheidung gestellt wurde, entweder um ein Trugbild von Einheit aufrecht zu erhalten, offensichtliche liquidatorische und parteifeindliche Ansichten in der Partei zu tolerieren bzw. sich ihnen anzupassen, oder endlich seine versöhnlerische Haltung aufzugeben. Bei der Frage der Durchführung einer Kampagne gegen die drohende Illegalisierung der Partei gab

(Sabotage von Beschlüssen, wobei sie sogar soweit gingen, einstimmige Beschlüsse der ersten Sitzung des Parteitags mit Füßen zu treten, und Rechtfertigung von Fraktionismus) den Parteitag sofort in ein unverbindliches Zirkeltreffen umzufunktionieren, hatte wegen der versöhnlerischen Haltung einer Reihe von Genossen, darunter die Mehrheit des ZK, die ihren vorherigen Beschluß, gegen den Fraktionismus der Niedersachsen vorzugehen „vergessen" hatten, teilweise Erfolg. Diese Versöhnler ließen sich „um die Einheit nicht zu gefährden" auf den übelsten Prinzipienschacher ein.

Die Genossen, die entschlossen die bolschewistischen Prinzipien unserer Partei verteidigten, setzten sich, nachdem die Diskussion über die organisatorischen Prinzipien der Partei abgebrochen wurde, für eine Diskussion über die bisherige Arbeit der Partei und die zukünftige politischen Aufgaben der Partei ein, um auf diese Weise die Ziele der Liquidatoren und ihre antiproletarische Linie vor den schwankenden und unsicheren Genossen zu entlarven.

Als die Liquidatoren aber die Führung dieses ideologischen Kampfes ablehnten und sofortige organisatorische Veränderungen verlangten (es war noch nicht einmal der Rechenschaftsbericht des ZK diskutiert worden) waren es wieder die Versöhnler, die sich wegen der angeblichen Vorläufigkeit dieser Schritte für diesen Plan einspannen ließen, obwohl es offensichtlich war, daß mit diesen provisorischen Gremien die Partei „provisorisch" aufgelöst werden sollte.

Nachdem ein nochmaliger Versuch, die Einhaltung des Statuts und der organisatorischen Prinzipien der Partei durchzusetzen erfolglos war, (hier hätte selbstverständlich der sofortige Ausschluß der Delegierten gehört, die ihre Anwesenheit auf dem Parteitag damit begründeten, die Partei endlich wie einen Luftballon zum Zerplatzen zu bringen), war es absolut notwendig, den Parteitag ohne die Liquidatoren und Versöhnler fortzusetzen; sonst hätte man an der Zerstörung der Partei unmittelbar mitgewirkt.

Die Auseinandersetzungen mit den Liquidatoren machten uns jetzt eindeutig klar, daß die Versuche, die Einheit um fast jeden Preis zu bewahren, statt für eine prinzipienfeste Einheit zu kämpfen, das genaue Gegenteil von Einheit und Geschlossenheit in unserer kommunistischen Partei hervorbringen mußte. Wenn heute viele Genossen die Partei aufgegeben haben und sich einreihen in die dutzende Zahl von Zirkeln, deren Existenz noch nicht überwunden ist, weil die KPD/ML unter ihrem ersten ZK die führende Rolle als Partei der Arbeiterklasse nicht vollkommen ernstgenommen und verwirklicht hat, so fällt ein großer Teil der Verantwortung hiervon auf uns. Erst im letzten Augenblick, als die Vernachlässigung des ideologischen Aufbaus der Partei den menschewistischen und anderen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften die Möglichkeit bot, diese Fehler auszunutzen, um die Partei vollkommen auf den Boden des Zirkelwesens, des Menschewismus und Liquidatorentums zu zerren, und damit dem westdeutschen Imperialismus und dem modernen Revisionismus objektiv und teilweise auch subjektiv den besten Dienst erweisen wollten, haben wir so gehandelt, wie wir eigentlich von Anfang an hätten handeln müssen: den Liquidatoren energisch entgegentreten, mit unserer eigenen bisherigen versöhnlerischen Haltung radikal Schluß zu machen und uns auch von den Versöhnlern, die ständig die Einheit zwischen der proletarischen Linie und der liquidatorischen aufrechterhalten wollten, nicht einfangen lassen, sondern im Gegenteil diese Haltung vollständig entlarven und bekämpfen.

Die Mehrheit des ZK ist bei den Liquidatoren geblieben. Getreu der Erkenntnis Stalins, daß Versöhnlertum gegenüber dem Opportunismus, wenn diese Haltung nicht aufgegeben wird, unvermeidlich zum Opportunismus führt, sind einige ZK-Mitglieder diesen Weg bis zur offenen Propagierung des Liquidatorentums gegangen während andere bis zum Schluß vergeblich versuchten, einem Trugbild von Einheit nachjagend die proletarische Linie mit dem Liquidatorentum zu versöhnen.

Die Trennung von den Liquidatoren ist nicht etwa eine Schwächung der Partei sondern eine längst überfällige Säuberung gewesen und damit eine Stärkung der Partei. Ohne diesen in völlige Fäulnis übergehenden Ballast und mit der kämpferischen Weiterentwicklung der auf dem Parteitag erreichten Prinzipienfestigkeit werden wir die Aufgaben unserer Partei im Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse jetzt mit aller Kraft angehen können.

* * *

geklagt des ‘schweren Raubes in Tateinheit mit einem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung gemäß Paragraph 47, 249, 250 Abs 1, Nr. 4, 223a, 73 StGB'. Ein Tatbestand, für den eine Mindest-

mit euren Solidaritätsschreiben, Euren Protesten an:

Hannelore Becker
8 München, Neuhauser Straße
Konto: Deutsche Bank München, Nr. 30/03621

Münchner Polizei deckt Faschisten

Für Sonntag, den 30.1.72, hatten griechische Faschisten in München eine Veranstaltung angekündigt.

In Griechenland herrschen Willkür, Terror, Diktatur. Das Regime verfolgt griechische Arbeiter und Studenten, auch im Ausland, lässt sie bespitzeln, schikaniert sie. Faschistische Gruppen dagegen dürfen offen Propaganda machen, werden vom deutschen Staat geschützt.

Empört über die geplante Propaganda für die Athener Terror-Regierung, beschlossen griechische, deutsche türkische, persische und italienische Arbeiter und Studenten, die faschistischen Lügenmärchen und das griechische Regime vollständig zu entlarven. Mit Transparenten und revolutionären Parolen stürmten sie den Saal. Die Bühne wurde besetzt, die Bilder der Athener Unterdrücker heruntergerissen, rote Fahnen geschwenkt und Transparente entrollt.

Griechen, Türken, Italiener, Perser und Deutsche sangen gemeinsam, zum Zeichen des proletarischen Internationalismus, der internationalen Solidarität, die Internationale und andere revolutionäre Lieder.

Natürlich steckten sich die Faschisten hinter die Polizei. Sie liessen ein Riesenaufgebot an Streifenwagen auffahren und den Saal räumen. Wie derartige Aktionen aussehen, wissen wir: Verhaftungen, Anwendung von Gewalt. Mit Gewalt wurde der Saal geräumt, das Lokal mit einem grossen Polizeiaufgebot abgeschirmt. Ein kleines Häuflein von Faschisten, geschützt durch deutsche Polizei, feierte weiter.

ABER ALLE REAKTIONÄRE SIND PAPIERTIGER.
DAS GRIECHISCHE VOLK WIRD SIEGEN!

SCHREIENDES WOHNUNGSELEND



Eine richtige Antwort auf die Wohnungsnot: Arbeiter und Studenten besetzen leerstehende Häuser. - Darüber berichten wir ausführlich im nächsten ROTEN MORGEN.

Arbeiter wohnen in Löchern und werden ausgepreßt - die Bourgeoisie kassiert!

STELLVERTRETEND FÜR DIE WOHNUNGS NOT VON HUNDERTTAUSENDEN VON ARBEITERFAMILIEN BERICHTEN WIR ÜBER EINEN FALL:

Familie Gerhard, sechs Kinder (1 1/2 bis 12 Jahre alt),
Beruf des Vaters: Arbeiter

Wohnort: Eiserfeld bei Siegen in Südwestfalen.

Familie Gerhards wohnt in einem der drei Schlichthäuser, die Anfang der sechziger Jahre in so überaus großzügiger Weise von der Stadtverwaltung Eiserfeld im Schnellverfahren gebaut wurde, um möglichst schnell der ärgsten Wohnungsnot „abzuhelfen".

Ach, wie „gerecht und anständig" werden doch diejenigen behandelt, die täglich mit dem Schweiß ihrer Arbeit den Geldsack der Kapitalisten bis zum Platzen füllen!

Schauen wir uns das Ganze genau an:

Bis 1966 wohnte die Familie in zwei kleinen Dachzimmern (ebenfalls in einer Stadtwohnung), die für die damals sechsköpfige Familie nicht nur eng wie eine Gefängniszelle waren, sondern für die beiden jüngsten Kinder lebensgefährlich. Jede Nacht lauerte der Tod: Ratten!

Das alles wußte die Stadtverwaltung.

1966 endlich bequemte sich die Stadtverwaltung dazu, die Familie umziehen zu lassen.

Wie geräumig war doch die neue Stadtwohnung für die inzwischen achtköpfige Arbeiterfamilie! Hatten sie vorher Not gelitten, so waren sie

Das Elternschlafzimmer ist 2,40 mal 4,10 m! Für normale Schlafzimmermöbel ist es zu eng, nur ein Ehebett und ein schmaler Schrank haben Platz. Das Kinderzimmer ist genau so „groß" (2,40 mal 4,10 m). Wenn die sechs Kinder mit angelegten Armen aufrecht stehen, dann ist also genug Platz da! Sie schlafen in schmalen Etagenbetten, die den Raum ganz ausfüllen.

Dann bleibt nur noch die Küche: 5,20 mal 4,90 m. Kein Wohnzimmer, kein zweites Kinderzimmer, nichts mehr.

Aber die „Wohnung" ist nicht nur eng wie eine Hundehütte. Sie ist dazu noch feucht wie ein Kerkerloch. Die Tapeten halten nicht an den Wänden, Kollege Gerhards mußte alle Möbel 10 cm von der Wand abrücken, sonst wären sie schon längst schimmlig. (Dadurch wird die Wohnung noch enger). Frau Gerhards muß alle zwei Tage die Matratzenteile der Betten wenden, die Schränke öffnen und lange durchlüften, die Sachen würden sonst im Nu verderben. Das Fensterholz ist durch die ständige Feuchtigkeit angefault, die Fenster schließen nicht mehr, daher hat die Wohnung ständig Zugluft.

Das alles wurde immer wieder dem Stadtbauinspektor Schuhmacher, Stadtdirektor Sonneborn und

Es gibt sehr viele solcher „Ausnahmen", hunderttausende im „Sozialstaat" Bundesrepublik.. Zählen wir alle Menschen in Westdeutschland zusammen, die gezwungen werden, in solchen Löchern zu leben, dann gibt das eine gewaltige Armee. Wenn die auf die Straße geht, bekommen es die Kapitalisten und Bonzen mit dem Zittern!

Wer ist es denn, der in solchen Löchern wohnt? Sind es Unternehmer, Offiziere, EBürgermeister, Parlamentsabgeordnete, Polizeipräsidenten? Keinen einzigen von ihnen findet man in den Elendsquartieren. Nein, es sind ausnahmslos Menschen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, die dafür kaum das Allernotwendigste bekommen, und die deswegen auch nichts zu verlieren haben als ihre Ketten.

Nicht nur im Betrieb wird aus ihnen der Profit gepreßt, werden sie ausgebeutet wie alle Klassenbrüder; sie werden dazu noch wie die Tiere in enge, feuchte, zugige Löcher gesteckt.

Aber das ist noch nicht alles. Sie werden dafür zur Kasse gebeten. Hintenherum wird ihnen ein großer Teil des knappen Lohnes aus der Tasche gezogen – Miete und Mietwucher. Für Familie F. und die anderen Arbeiterfamilien in den Stadt„wohnungen" am Schlehdorn wurde im Oktober 71 die Miete auf einen Schlag um 50 % erhöht.

Die jüngste Schikane des kapitalistischen Staates gegen die Arbeiterfamilie F. aber ist folgende:

Die F. hatten vor fünf Jahren für die letzten fünf Monate in der Dachzimmerwohnung (mit den Ratten) die Miete nicht bezahlen können – insgesamt 550,– DM. Das ist bei einer kinderreichen Arbeiterfamilie auch kein Wunder. Die Eltern müssen jeden Pfennig zehnmal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Sie gönnen sich selten ein Vergnügen.*

Für so ein Rattenloch überhaupt von den Arbeitern, die den ganzen Reichtum der Gesellschaft schaffen, noch Miete zu verlangen, ist sowieso eine Unverschämtheit. Die F. müßten jeden Monat was gezahlt kriegen dafür, daß sie in einem solchen Loch leben mußten! Wir wissen, daß der kapitalistische Staat anders denkt. Wenn er Geld braucht, dann treibt er es immer bei denen ein, die sowieso nur das Nötigste haben. Die Monopole kriegen es dann zugesteckt. Je weniger du hast, desto mehr wirst du ausgepreßt. Je mehr sie haben, desto mehr wird ihnen zusätzlich in den Rachen geworfen – das ist die Logik des kapitalistischen Staats.

Zum Fest der Liebe flattern den F's ein Geschenk von der Stadt auf den Tisch. Die 550,– DM sollen sofort gezahlt werden, ansonsten könnte es sein, daß die Familie aus der jetzigen Wohnung (für die sie immer die Miete bezahlt hat!) ausziehen müßte!

sie vorher Not gelitten, so wären sie jetzt wirklich fast schon im Paradies!

Acht Menschen in zwei Zimmerchen, einer Küche und einer Toilette (ohne Bad natürlich). Jeder kann nachmessen:

SPD-Stadtbürgermeister Karl Maurer gemeldet. Eine Antwort bekamen Gerhards nicht. Die Herrschaften selbst sitzen im Trockenen.



Wir wissen Bescheid: Kollege F. ist als hilfsbereiter Kamerad und fleißiger Arbeiter bei seinen Kollegen in der Firma, wo er seit fünf Jahren arbeitet, und auch sonst, geachtet und beliebt.

Nun, wir kennen den Staat, wir kennen auch die SPD. Ein großer Teil der westdeutschen Arbeiter und Werktätigen erwartet inzwischen schon gar nichts anderes mehr. Wir wundern uns nicht, sondern merken uns alles sehr genau.

Wir merken uns auch, was die DKP getan hat. Als vor vier Jahren Marxisten-Leninisten in Siegen in einem Flugblatt eine ähnliche Schweinerei aufdeckten – was sagten die D"K"P-Revisionisten damals zu Genosse H.? „Hähä, du engagierst dich also fürs Lumpenproletariat, für Penner und Säufer!"

Der Tag der Abrechnung kommt

Wie gesagt, die deutsche Arbeiterklasse hat ein sehr gutes Gedächtnis. „Niemand darf ungestraft ein Volk unterdrücken" (Mao). So ist es auch in Westdeutschland. Die Zeit ist bald abgelaufen für die Herren Imperialisten. Die Mieterbewegung ist kein Zufall, sondern eine Folge der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Wo die Volksmassen unterdrückt werden, da ist es etwas ganz natürliches, daß sie immer entschlossener den Kampf aufnehmen und immer besser den Widerstand organisieren, bis sie selbst zum Angriff ausholen und wie ein gewaltiger Orkan den Ausbeuterstaat hinwegfegen.

Der Tag der Rechenschaft kommt immer näher. Und das weiß auch die Kapitalistenklasse – insgeheim schlottern ihr schon die Knie. Warum denn die eilige Verabschiedung der Notstandsgesetze vor vier Jahren durch CDU, SPD, FDP? Warum Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegstruppe? Warum Ausbildung der Polizei an MG, Mörser, Handgranate, Zielfernrohr? Warum Straßenkampftraining bei der Bundeswehr?

Warum, wenn nicht aus Angst vor der Arbeiterklasse, vor dem werktätigen deutschen Volk? Wenn nicht aus Angst davor, daß die Arbeiter und anderen Werktätigen die Kapitalistenklasse stürzen, ihr Unterdrückungsinstrument, den Staat, zerschlagen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Arbeiterstaat, die Diktatur des Proletariats errichten, weil es absolut **lebensnotwendig** für die Werktätigen wird; denn die Imperialisten können nur zweierlei: die Arbeiter im Betrieb auspressen und im imperialistischen Raubkrieg verheizen.

Laßt uns die große Abrechnung mit dem Imperialismus mit allen Kräften vorbereiten und beschleunigen! Schreibt dem Roten Morgen, dem Sprachrohr der westdeutschen Arbeiterklasse, der Stimme unserer Partei, wie die Kapitalistenklasse das Volk ausbeutet und unterdrückt. Berichtet darüber, wie ihr den Kampf erfolgreich aufgenommen habt! Auf diese Weise lernen wir noch besser mit jedem Tag dazu. Dadurch wird unser Haß gegen die Handvoll Imperialisten immer tiefer, auf diese Weise werden die Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes immer fester und unsere Freundschaft und Solidarität immer stärker!

* Die Mietschulden wurden damals von der Stadt auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Fünf Jahre lang hatte sie dann nichts mehr davon verlangt.

Kapitalisten und ihre Lakaien - Verleumdung statt Hilfe

Unser Genosse H. setzte sich für die F. ein und rief empört bei SPD-Stadtoberinspektor Helmut Schröder an. Dieser sagte: „Was denn, ich selbst habe ja auch bis zu meinem 48. Lebensjahr ohne Bad gelebt, in der Waschbütt gebadet und Miete gezahlt. Wenn man weniger Geld hat, dann kann man halt nur vier Bier trinken statt sechs!"

So niederträchtig das ist, so alt ist dieser Trick. Die Geldsäcke und ihre Speichellecker versuchen, die Unterdrückten, die ohne eigenes Verschulden, nur wegen dem Profitstrebens der Kapitalisten, Not leiden, die versuchen sie als Säufer, „die selbst daran schuld sind", hinzustellen. Wer solche Verleumdungen macht, hats nötig: die Kapitalistenklasse und ihre Lakaien.

Die deutsche Arbeiterklasse hat ein gutes Gedächtnis, besser, als es den bezahlten Leuteschindern und Verleumdern recht sein kann.

Was sagte der SPD-Bluthund Noske, der den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Gewissen hat, was sagte dieser Verbrecher im Jahre 1918 über die Tausende revolutionärer Arbeiter? „Lumpenpack".

Wie geiferte die Nazipresse über die Hunderttausende kommunistischer Arbeiter in Deutschland? „Zuhälter, Nutten, Gesindel, Verbrecher, rote Schweine".

Wie war das Angstgeschrei der CDU, der SPD und der Moskauer Revisionistenclique angesichts der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China? „Verbrecherhorden verwüsten das Land".

Was kreischten die D"K"P-, SED- und sowjetischen Revisionisten, als die revolutionären polnischen Werftarbeiter im Dezember 1970 unter roten Fahnen gegen die bürgerlich-bürokratische Führungsclique in Warschau demonstrierten? „Lumpenproletariat, Kriminelle, Abschaum der Gesellschaft".

In Wirklichkeit geben sich diese Herrschaften mit solchen Schimpfworten selbst die richtigen Namen. Das gilt auch im Fall Eiserfeld und Siegen für SPD und D"K"P.

BERICHTIGUNG

Im letzten Roten Morgen berichteten wir über Kampfaktionen der schwarzen Völker von Südafrika und dem sogenannten "Rhodesien". Dabei sind uns zwei Fehler unterlaufen: 1. heißt das sog. Rhodesien nicht Namibia, sondern Zimbabwe; 2. sind nicht nur vier Fünftel, sondern sogar 19/20 seiner Bevölkerung schwarz. - Namibia ist der Name der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika dem das Rassisten-Regime widerrechtlich die Selbständigkeit vorenthält